



Deutsche aus Russland gestern und heute

Volk auf dem Weg



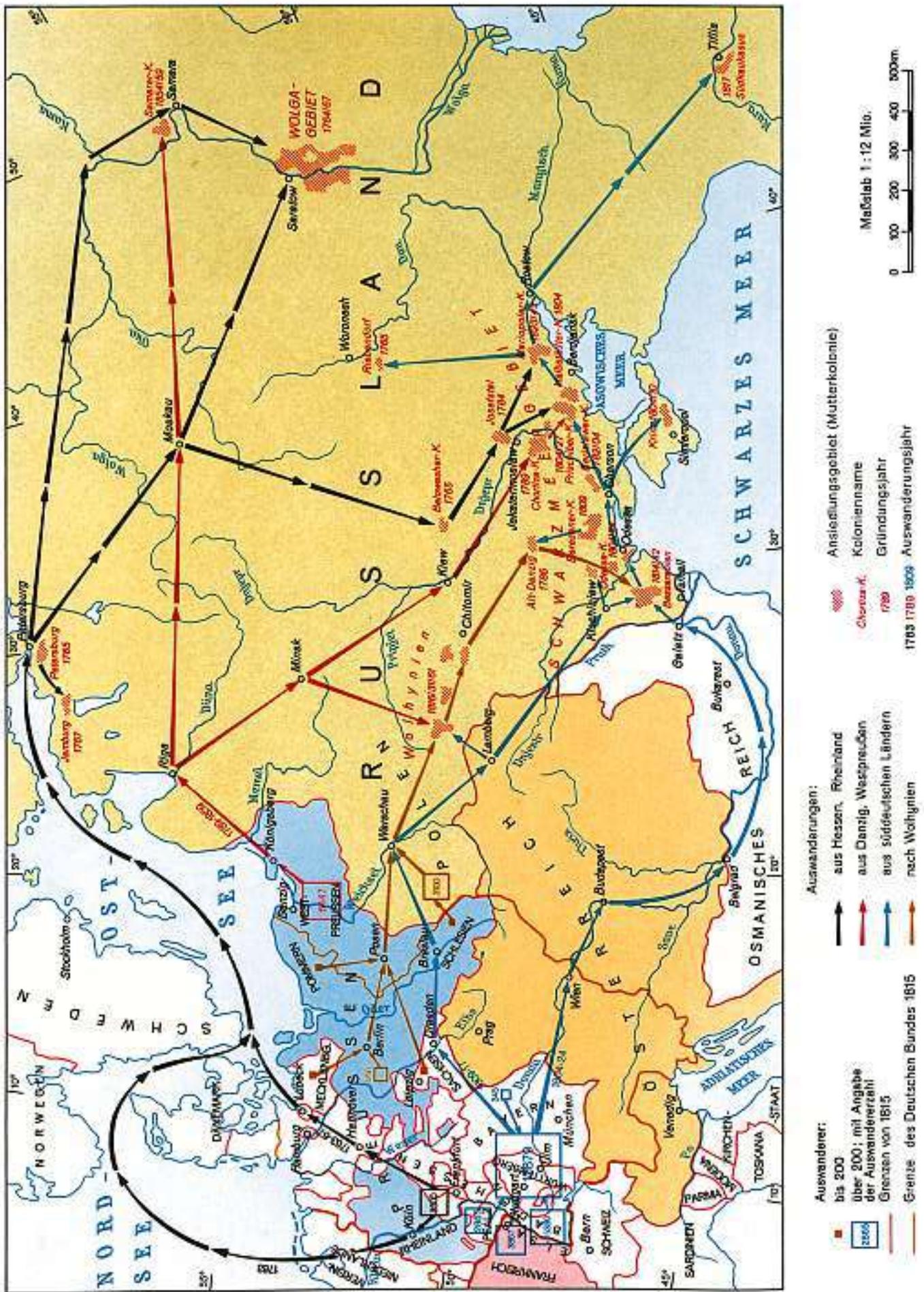
Bundesministerium des Innern



Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.



Auswanderung von Deutschen in das Schwarzmeer- und Wolgagebiet (Russland) im 18. und 19. Jh.



- Tafelbild: 1. Kirchgang in Kalkus an der Wolga
 2. Kirche in Waler, Saratow
 3. Fahrt zur Weindese in den alten Siedlungsgebieten
 4. Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Vertriebung der Russlanddeutschen in Berlin
 5. russlanddeutsche Tanzgruppe aus Stuttgart beim Parlamentarischen Abend in Bonn 1908
 6. Willkommensgruß in Halbstadt, Altai

Deutsche aus Russland gestern und heute

Grußworte



Dr. Christoph Bergner

Die Russlanddeutschen haben während und nach dem Zweiten Weltkrieg großes Leid durch Gewalt und Diskriminierung, insbesondere aber durch Deportation erfahren. Der Weg der Deportation und Zwangsarbeit führte sie nach Sibirien und in entlegene Gebiete im asiatischen Teil der ehemaligen Sowjetunion. Angst, Zurückweisung und Benachteiligung begleiteten lange Zeit ihr Leben.

Nach Auflösung der UdSSR machten sich viele, die dort keine hinreichende Existenz gefunden hatten, auf den Weg zurück in die ferne alte Heimat Deutschland, die ihre Vorfahren vor 250 Jahren verlassen hatten.

Die russlanddeutschen Familien, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben das Problem, sich hier zunächst fremd und häufig unverstanden zu fühlen, da sie russische oder mittelasiatische Gewohnheiten mitbringen, von denen sie geprägt wurden. Dies erschwert es ihnen, sich in Deutschland zurechtzufinden und sich am neuen Wohnort aktiv in das gesellschaftliche Leben einzugliedern.

Wir als Aufnahmegesellschaft müssen deshalb verstärkt für Aufgeschlossenheit sorgen. Diese Broschüre will einen Beitrag dazu leisten, dass den russlanddeutschen Zuwanderern mit mehr Verständnis und Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft begegnet wird.

Die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, den Deutschen aus Russland, die große Opfer bringen mussten, zu helfen. Die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung ist sichtbarer Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung für eine gemeinsame Vergangenheit, für nationale Solidarität und für einen gemeinsamen Weg in die Zukunft in einem Deutschland, das seine Teilung überwunden hat. Mit ihrem Hilfsprogramm unterstützt die Bundesregierung daher die Angehörigen der deutschen Minderheiten, die sich in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine Lebensgrundlage geschaffen haben und dort bleiben wollen. Sie hilft aber auch denjenigen, die nach Deutschland gekommen sind, sich hier in der neuen Heimat zu integrieren.

Für sie steht ein vielfältiges Integrationsprogramm des Bundes, aber auch der Länder und Kommunen bereit. Zu den aussiedlerspezifischen Hilfen des Bundes zählen z.B. der pauschale Ausgleich für die Kosten der Rückführung sowie ein Betreuungsgeld nach Eintreffen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes, soziale Betreuung und Beratung durch Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienste, Sprachförderung durch Integrationskurse, berufliche Fördermaßnahmen oder die Projektarbeit zur Eingliederung von Spätaussiedlern in das Wohnumfeld, insbesondere durch sportliche Aktivitäten. Aber Integration ist nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Integration wird umso erfolgreicher gelingen, wenn die als Spätaussiedler zu uns kommenden Russlanddeutschen und die einheimische Bevölkerung gemeinsam das Einleben in die neue Heimat aktiv gestalten und im Wege des Dialogs und der gegenseitigen Akzeptanz miteinander umgehen.

Dr. Christoph Bergner MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten



Adolf Fetsch

Dank der Unterstützung des Bundesministeriums des Innern und des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Dr. Bergner, ist es uns gelungen, die siebte Auflage der Geschichts- und Integrationsbroschüre der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in der von Ihnen gewohnten Qualität zusammenzustellen.

Sie wird unseren Mitstreitern in den nächsten Jahren eine wertvolle Hilfe bei ihrer Informations- und Aufklärungsarbeit sein. Wir setzen damit die Politik der Landsmannschaft fort, Unkenntnis

und Vorurteilen in der Bevölkerung über die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland bzw. der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten fundierte Informationen entgegenzustellen.

Uns selbst aber, den Nachkommen der Deutschen, die vor rund zwei Jahrhunderten in verschiedenen Zügen nach Russland aufbrachen, um dort für sich und ihre Familien eine Zukunft zu finden, soll die Broschüre Grundlage des eigenen Geschichtsverständnisses sein.

Nur mit diesem Wissen über ihre Geschichte wird es den Deutschen aus Russland nach den Jahrzehnten der Diskriminierung gelingen, ihre kulturelle Identität wieder zu finden.

Adolf Fetsch
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland

Impressum.

“Deutsche aus Russland gestern und heute”, 7. Auflage 2006

Verfasser:

Dr. Viktor Krieger

Hans Kampen, Nina Paulsen

Mitarbeit:

Dr. Ludmila Kopp, Josef Schleicher, Johann Kampen

Herausgeber:

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart

Gefördert vom Bundesministerium des Innern

Vielvölkerstaat Russland

Das Vielvölkerreich Russland entstand infolge einer territorialen Ausdehnung, die sich über Jahrhunderte erstreckte. Um 1300 betrug die Fläche des damals noch kleinen Moskauer Teilfürstentums etwa 28.000 qkm, was etwa der Größe des heutigen Albanien entspricht. 1460 hatte das inzwischen zum Großfürstentum erhobene Gebiet bereits eine Fläche von 430.000 qkm erreicht und war damit ein gutes Stück größer als Deutschland. Noch 52mal größer war jedoch der Raum, den die Sowjetunion im 20. Jahrhundert umfasste. Mit 22.400.000 qkm war es das weitest ausgedehnte Land dieser Erde.

Russland zeichnete sich durch eine große ethnische, konfessionelle, soziale und kulturelle Vielfalt aus. Durch zahlreiche Eroberungskriege, aber auch auf dem Wege friedlicher Eingliederung mehrerer Grenzgebiete wurden die unterschiedlichsten Völker Teil des Russischen Reiches:

- christliche Georgier und Armenier im Transkaukasus;
- katholische und protestantische Polen, Finnen und Litauer bzw. Baltendeutsche im Westen des Landes;
- sesshafte orientalistische Völker wie Tataren bzw. Tadschiken;
- zahlreiche nomadisierende und Naturvölker.

Ziel war jedoch nicht die Angleichung an die staatsbildenden Russen; als oberste Gebote galten vielmehr Reichspatriotismus und Untertanentreue.

Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis die eroberten und zum Teil fast unbewohnten Gebiete durch Russen und in geringerem Maße durch Ukrainer besiedelt waren.

Die ersten russischen Bewohner kamen erst nach der Eroberung der Chanate Kazan (1552) und Astrachan an die Untere Wolga; dort wurde 1589 Zarizyn (das spätere Stalingrad bzw. Wolgograd) gegründet und 1590, als Festung, Saratow.

Die Frage der dauerhaften Besiedlung der eroberten und befriedeten Gebiete und somit der festen Anbindung an das Reich war eine ständige Herausforderung. Zum einen erfolgte eine natürliche Bewegung von Tausenden entlaufenen Bauern und Abenteurern in die neu eroberten Gebiete. Doch der Staat be-

trieb auch eine planmäßige Kolonisation: Festungen und Städte wurden gegründet, Kosaken und andere Dienstgruppen der Bevölkerung in die neuen Territorien verlegt; man baute Betriebe und versorgte sie mit leibeigenen Bauern.

Wo Russland Land mit sesshaften bzw. kulturell "gleichwertigen" Bewohnern erobert hatte (Baltikum, Polen, Kaukasus, Turkestan), war der Strom der russischen Kolonisten gering. Im Zarenreich spielten vor allem ständische und konfessionelle Unterschiede eine stark trennende Rolle. Ehen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen waren die Ausnahme; Kinder aus Mischehen mit Russen mussten orthodox getauft und erzogen werden. Eine große Seltenheit waren in Russland auch Ehen zwischen Deutschen katholischen und protestantischen Glaubens.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann der Staat eine vereinheitlichende Politik zu verfolgen. Dabei schreckte man auch nicht vor gewaltsamer Russifizierung und kultureller Unterdrückung zurück. Das betraf in erster Linie Ukrainer und Weißrussen, die offiziell als Teil der "großrussischen Nationalität" galten, ferner Polen, Finnen, Georgier oder Baltendeutsche bzw. deutsche Siedler. Nicht zuletzt auf diese Politik der Diskriminierung lassen sich die nach 1917 entstandenen nationalen Bewegungen der Nichtrussen zurückführen.

Deutsche und andere Europäer wandern nach Russland aus

Mit der radikalen Öffnung zum Westen durch Peter den Großen begann bereits Anfang des 18. Jahrhunderts die Anwerbung von Fachleuten für Wirtschaft und Militärwesen. Diese Aktionen waren allerdings meistens auf das städtische Element beschränkt. Gemäß dem Vorbild der anderen europäischen Mächte (Österreich, Preußen) entschlossen sich die späteren russischen Herrscher, die Besiedlung von mehr oder weniger menschenleeren Gegenden mit ausländischen Kolonisten in Angriff zu nehmen.

Ergebnis dieser Bestrebungen waren einige Erlasse; der bekannteste wurde am 22. Juli 1763 von der russischen Zarin Katharina II. unterzeichnet, in mehrere Sprachen übersetzt und in ganz Europa verteilt. Ein durchschlagender Erfolg zeigte sich vor allem in den deutschen Kleinstaaten und freien Reichsstädten, die u.a. zu schwach waren, das Werben der russischen Agenten wirksam zu unterbinden.

Bis 1774 folgten 30.623 Ausländer den Versprechungen der russischen Zarin. Mehrere hundert Personen verteilte man auf Siedlungen unweit der Hauptstadt St. Petersburg, in Livland, im Gouvernement Woronesch und in Kleinrussland (u.a. Jamburg) sowie auf einige Städte.

Die meisten Einwanderer, 26.676 Personen, mussten den beschwerlichen Weg entlang der Wolga nehmen. In dieser Zahl sind die 167 Personen enthalten, die die Herrnhuterkolonie Sarepta in der Nähe von Zarizyn gründeten. Unterwegs starben mehr als 3.000 Menschen. Die verbliebenen 23.216 Kolonisten wurden in der Gegend um Saratow auf beiden Seiten der Wolga angesiedelt. Streng getrennt nach konfessioneller Zugehörigkeit, entstanden so 66 evangelische und 38 katholische Dörfer.

Die gesamte Besiedlung vollzog sich bis ins kleins-



Ansicht einer Kolonie ausländischer Siedler um Saratow, Fragment einer Karte. Aquarell von J. Oboldujew, 1767. Quelle: Sergej Terjochin: *Deutsche Architektur an der Wolga*. Berlin/Bonn 1993, S. 15.



Karte der deutschen Ansiedlungen in Südrussland, gezeichnet von J. Wiebe aus Tiege.

maler allerdings, der hier gezwungen war, Landwirtschaft zu betreiben, bedeutete die neue Lage eine einschneidende Degradierung.

Die Anwerbung der Kolonisten setzte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fort. Diesmal legte man den Schwerpunkt auf die Erschließung von Neu- bzw. Kleinrussland. Von Gebieten also, die seit den 1770er Jahren - nach den erfolgreichen Kriegen mit der Türkei und der Unterwerfung der Krimtataren - nicht nur von ausländischen Kolonisten, sondern vor allem mit russischen und ukrainischen Bauern besiedelt wurden. Nach den Erfahrungen, die man bei der Ansiedlung an der Wolga gemacht hatte, legte die Regierung diesmal strenge Auswahlkriterien an: Laut einem Erlass Alexanders I. vom 20. Februar 1804 sollten in erster Linie erfahrene und vermögende Landwirte einreisen dürfen.

Johann Cornies

geb. 1789 bei Danzig

gest. 1848 in Orloff, Schwarzmeergebiet



Johann Cornies.
Quelle: Horst Gerlach: *Die Russlandmennoniten. Ein Volk unterwegs. Kirchheimbolanden 1992, S. 29.*

Mennonitischer Kolonist, wanderte nach Russland aus und ließ sich 1806 in der Ortschaft Orloff, Molotschnaer Kolonistenbezirk, nieder. Er gilt als die bedeutendste Gestalt des russländischen Mennonitentums. Auf seinem Mustergut beschäftigte er sich intensiv mit Pferde- und Schafzucht, Wald- und Gartenbau.

Mit 28 Jahren wurde er zum Bevollmächtigten für die mennonitische Siedlungstätigkeit gewählt. Er gab entscheidende Impulse zur Verbesserung der Landwirtschaft und der Viehzucht. Bereits 1830 gründete er einen „Landwirtschaftlichen Verein“, der wesentlich zur Förderung von Ackerbau, Viehzucht, Garten- und Gemüsebau, des Forstwesens und der Anlage von Weinbergen in den Mennonitenkolonien Südrusslands beitrug. Außerdem leitete Cornies Maßnahmen zum Aufbau einer Lehrerausbildung ein. Aufgrund seiner Aktivitäten entstand bei den russlanddeutschen Mennoniten eine einheitliche Schulverwaltung.

Größte ethnische Gruppen im Russischen Reich nach der Volkszählung von 1897

	absolut	in %
total	125.640.000	100
davon		
Russen	55.667.500	44,3
Ukrainer	22.380.600	17,8
Polen	7.931.300	6,3
Weißrussen	5.885.600	4,7
Juden	5.063.200	4,0
Kasachen	3.881.800	3,1
Wolgatataren	1.834.200	1,5
Usbeken	1.800.000	1,4
Deutsche	1.790.500	1,4
Litauer	1.659.100	1,3
Aserbeidschaner	1.440.000	1,2
Letten	1.435.300	1,2
Georgier	1.352.500	1,1
Baschkiren	1.321.400	1,1
Armenier	1.173.100	0,9

Die deutschen Auswanderer stammten diesmal überwiegend aus Westpreußen (Mennoniten) und Württemberg, aber auch aus Baden, dem Elsass und der Pfalz. Insgesamt wurden 181 Mutterkolonien gegründet. Im Gegensatz zum geschlossenen Ansiedlungsgebiet der Wolgadeutschen – in einer fast menschenleeren Gegend – kam es im Schwarzmeergebiet zur Bildung mehrerer Kolonistenbezirke und der Anlegung einzelner Siedlungen, die sich verstreut in der heutigen Südukraine, auf der Krim, in Bessarabien und im Transkaukasus befanden.

1819 beendete die Regierung offiziell die Ansiedlung. Zwar zogen auch danach noch Einwanderer ins Land, doch mussten diese grundsätzlich ohne staatliche Unterstützung auskommen.

In dieser Periode der ausländischen Kolonisation wanderten zwischen 50.000 und 55.000 Personen in das Russische Reich ein.

Die Regierung hob die ausländischen Siedler von der übrigen Bauernbevölkerung ab und schuf dadurch einen neuen Kolonistenstand. Diese Siedler wurden einer eigens dafür geschaffenen Vormundschaftskanzlei in St. Petersburg mit (Fürsorge)Kontoren in Saratow und Odessa unterstellt. Durch die Einführung des Deutschen als Amtssprache wurde das Erlernen der russischen Sprache gehemmt, wodurch u.a. die Beeinflussung der russischen Bauern durch den Protestantismus und Katholizismus verhindert werden sollte. Die strenge Verwaltung der Gemeinden durch die Beamten des Fürsorgekontors führte nicht selten zu Amtsmissbrauch und kleinlicher Bevormundung der Kolonisten.

In den Kolonien wurden alle wichtigen Fragen von der Gemeindeversammlung beraten und gelöst. Dieses Dorfparlament, das die Vertreter aller Bauernhöfe umfasste, wählte das ständige Organ der örtlichen Selbstverwaltung, das Gemeindeamt, von den Siedlern auch Kolonieamt oder Schulzenamt genannt. Dieses bestand aus dem Vorsteher bzw. Schulzen, zwei oder mehreren Beisitzern, dem ständigen Ortsschreiber und dem Boten bzw. Büttel. Mehrere zusammenliegende Dörfer bildeten einen Landkreis (wolost) mit einem ebenfalls gewählten Oberschulzen bzw. -vorsteher an der Spitze.

Wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

Die Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 stand am Anfang großer Reformen in Russland. In deren Verlauf wurde die staatliche Sonderverwaltung der ausländischen Siedler 1871 endgültig aufgehoben, und man gliederte sie in die allgemeine Verwaltung ein. Seither bildete die deutsche Landbevölkerung als „Siedler-Eigentümer“ einen Teil des russischen Bauernstandes. Und wenn der Schriftverkehr mit den Behörden auf Bezirks- und Gouvernementsebene nun in russischer Sprache verlief, behielten dennoch die deutschen Dörfer und Landkreise einen hohen Grad an örtlicher Selbstverwaltung.

Das Schulwesen

Das Schulwesen war stark konfessionell geprägt; die Dorfschulen bereiteten die Jugendlichen in erster Linie auf die Konfirmation beziehungsweise Firmung vor. Bei allen Unzulänglichkeiten konnten diese Kirchschulen den meisten Schülern das Lesen beibringen; von den Knaben wurden Schreib- und Rechenfähigkeiten erwartet.

Dadurch hoben sich die Siedler anfangs deutlich von den benachbarten leibeigenen und Staatsbauern ab, die in der Regel Analphabeten waren. Allerdings führte die rege Tätigkeit der örtlichen Selbstverwaltungsorgane ab den 1860er Jahren dazu, dass das Schulwesen einen Aufschwung nahm. Das führte vor allem in den Städten dazu, dass die Anzahl der Analphabeten unter den russischen und ukrainischen Jugendlichen rasch abnahm. In der Lesefähigkeit holten sie ihre deutschen Altersgenossen beinahe ein.

Die Regierungspolitik spielte in der nationalen Schulfrage eine hemmende Rolle: Ab 1891 mussten sich die Kolonistenschulen überwiegend auf Russisch als Unterrichtssprache umstellen. Diese Form des Unterrichts, die zum Teil mit drastischen Maßnahmen durchgesetzt wurde, wurde jedoch weitgehend abgelehnt.

Wo die Siedler engere Kontakte zu ihren russischen oder ukrainischen Nachbarn hatten, gab es geringere Widerstände. Das war im Schwarzmeergebiet der Fall. Bezeichnend in diesem Zusammenhang die folgenden Angaben zur russischen Lesefähigkeit deutscher Jugendlichen zwischen zehn und 19 Jahren Ende des 19. Jahrhunderts in drei verschiedenen Gebieten:

Wolgagebiet: 18%

Bessarabien: 44 %

Taurisches Gouvernement: 75%

Erst nach der Revolution von 1905 traten positive Veränderungen ein: Änderungen in der Verfassung führten zu einer spürbaren Demokratisierung und Liberalisierung der russischen Gesellschaft. Beispielsweise wurde wieder erlaubt, in den Volksschulen in der deutschen Muttersprache zu unterrichten.

Der Reformgeist erfasste auch die schmale Schicht der deutschen Intelligenz, die sich vor allem aus Volksschullehrern zusammensetzte. Diese Entwicklung hielt bis in die 1920er Jahre an. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die Kreis- oder Zentralschulen, die zur Ausbildung von Lehrkräften und Schreibern mit guten Russischkenntnissen bestimmt waren. Solche Bildungsstätten gab es in Grimm und Katharinenstadt an der Wolga sowie in Sarata, Prischib, Orloff, Halbstadt und Chortiza im Schwarzmeergebiet. Allein die Grimmer Zentralschule nahm im Laufe ihres Bestehens - von 1868 bis 1916 - 3.427 Schüler auf, von denen allerdings nur 368 einen Abschluss machten.

August Lonsinger

geb. 1881, gest. 1953



August Lonsinger

Wolgadeutscher Schriftsteller, Publizist, Pädagoge und Volkskundler. Geboren in Mühlberg, verbrachte seine Jugend in Grimm an der Wolga, wo er die Zentralschule mit Auszeichnung abschloss. Bis 1910 lebte er in Zarizyn, dann in Saratow. Verfasste unter dem Pseudonym Kol'nijer zahlreiche Reportagen, Skizzen und Erzählungen, die in der „Saratower Deutschen Zeitung“ veröffentlicht wurden. Autor des ersten Romans aus dem Leben der Wolgadeutschen „Nor net lopper g'gewa!“ (1911). 1922-1927 Lehrer an der Deutschen Schule in Saratow, Lektor an der Saratower Universität und Inspektor des Volkskommissariats für Bildungswesen der Wolgadeutschen Republik. 1935 verhaftet und nach Kasachstan verbannt, durfte er 1938 wieder an die Wolga zurückkehren. Nach der erneuten Zwangsaussiedlung 1941 war er in der Buchhaltung einer Kolchose tätig und starb in Ushur, Region Krasnojarsk.

Die Auswirkungen des Besuches höherer Bildungsanstalten auf die geistige Entwicklung der Siedler darf nicht unterschätzt werden. Wer sie auch nur einige Jahre besucht hatte, galt als gebildet und bestritt nicht selten seinen Lebensunterhalt als Amtsschreiber oder im Handel.

Immer mehr wissbegierigen Jugendlichen in den Dörfern dienten diese Zentralschulen als Sprungbrett für den Besuch von Realschulen, Gymnasien und Universitäten. Drei prominente Beispiele seien genannt:

- der wolgadeutsche Schriftsteller **August Lonsinger** (1881-1953), der mehrere Jahre am Gymnasium in Zarizyn Deutsch unterrichtete;
- der Sprachforscher **Prof. Georg Dinges** (1891-1932) aus dem Dorf Blumenfeld, Absolvent der Moskauer Universität;
- der Regierungschef der Wolgadeutschen Republik in den Jahren 1924-1930, **Johannes Schwab** (1888-1938)

Pastor Jakob Stach, Kolonistensohn und Absolvent der Basler Missionsanstalt, schwebte sogar eine „Schulkolonie“ mit einer Realschule, einem Gymnasium, einer landwirtschaftlichen und Gartenschule, einem pädagogischen Seminar und einer deutschen Universität vor. Von diesen ehrgeizigen Plänen ließ sich 1907 immerhin die Gründung einer Ackerbau-Fachschule in Eugenfeld, Taurien, verwirklichen. Dazu vermerkte Pastor Stach:

„Die Schule wurde nach den Plänen des Ackerbauministeriums allen Forderungen entsprechend angelegt und ausgebaut. Sie kostete mit allen Nebengebäuden, wie Lehrerwohnungen, Internate, Stallungen usw., etwa 500 000 Rubel. Alles Geld gaben die Mitglieder aus den Kolonien des ganzen Schwarzmeergebietes, deren Zahl auf 1000 anwuchs. Die erforderlichen landwirtschaftlichen Maschinen spendeten reiche Fabrikanten, Dampfmaschinenbesitzer und Großgrundbesitzer.“

Unter den deutschen Bauern waren im wesentlichen zwei Eigentumsformen verbreitet:

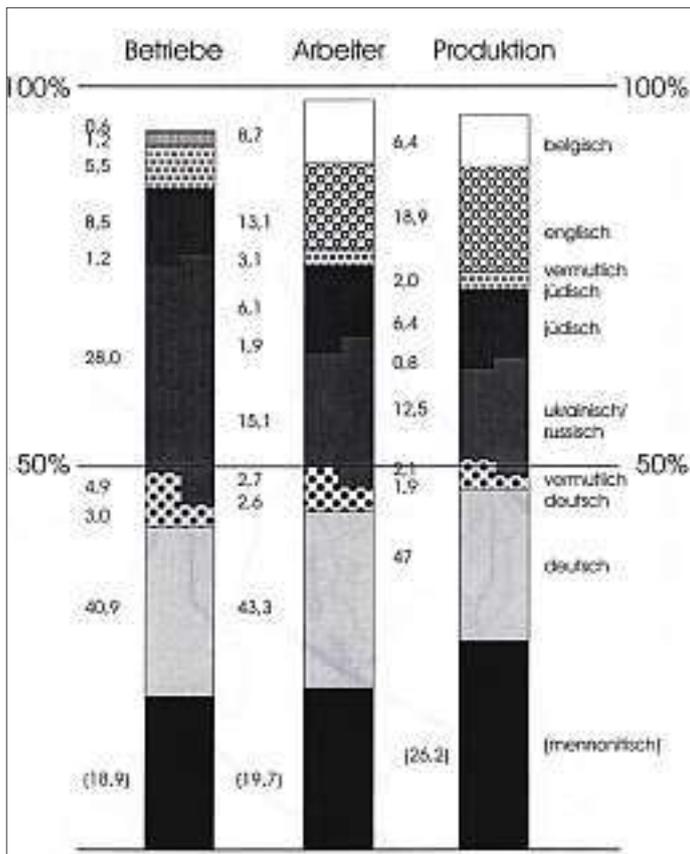
Eigentumsrecht im Schwarzmeergebiet

Die im Süden, im Schwarzmeergebiet angesiedelten Bauern behielten das erbliche Eigentumsrecht: Das zugewiesene Grundstück von 50, 60 bzw. 65 Desjatinen (*russisches Flächenmaß, 1 Desj.= 1,09 ha*) ging nur an einen Erben, in der Regel an den jüngsten Sohn über und durfte nicht geteilt werden.

Die durch dieses Erbrecht zwangsläufig entstandene breite Bauernschicht ohne Land sah sich gezwungen, neues Land zu erwerben oder zu pachten. Das setzte für gewöhnlich einen Umzug voraus. Wer dazu nicht bereit war, musste den Beruf wechseln.

Unter diesen Bedingungen konnte kein großes zusammenhängendes Siedlungsgebiet entstehen. Es bildeten sich vielmehr weit voneinander getrennte Kolonistenbezirke mit verstreut liegenden Tochterkolonien oder gar Einzel- bzw. Gutshöfen.

Diese Agrarverfassung brachte in Neurussland eine breite unternehmerische Schicht hervor. So beschäftigte die Firma Johann Höhn 1916 fast 1.400 Arbeiter und war die größte Pflugfabrik des Zarenreiches. Das Handelshaus Lepp und Wallmann entstand um 1850 in Chortitza, Gouvernement Taurien, Südukraine. Es ging auf den Gründer Peter Heinrich Lepp (1817-1871) aus dem Dorf Einlage zurück. Schon 1889 wurden dort 1.200 Getreidemähmaschinen, 200 Grasmähmaschinen und 500 Windfegen hergestellt. Zwischen 1882 und 1890 errang das Unternehmen fünf Medaillen auf Landwirtschaftsausstellungen.



Landmaschinenindustrie im Schwarzmeergebiet im Jahr 1911, aufgeschlüsselt nach Nationalitäten der Fabrikbesitzer. Quelle: Dietmar Neutatz: Ländliche Unternehmer im Schwarzmeergebiet. Die süd-ukrainische Landmaschinenindustrie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Dittmar Dahlmann, Carmen Scheide (Hg): „... Das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“. Deutsche Unternehmer und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Essen 1998, S. 541-574, hier S. 569.

Friedrich von Falz-Fein

geb. 1863, gest. 1920



Friedrich von Falz-Fein

Nachkomme württembergischer Siedler. Studierte in Dorpat Medizin (1882-1889). Sein Urgroßvater war bereits in den 1860er Jahren einer der landreichsten Gutsbesitzer Russlands.

Friedrich von Falz-Fein verwandelte das Gut „Askania Nowa“ in einen der größten Naturschutzparks der Welt. 52 Säugetierarten und 208 Vogelarten aus nahezu der ganzen Welt wurden dort kurz vor dem I. Weltkrieg gehalten.

Ende des 19. Jahrhunderts organisierte Friedrich von Falz-Fein mehrere Fangexpeditionen nach wilden Przewalskipferden in der Wüste Gobi. In Askania Nowa wurden auch wissenschaftliche Beobachtungen und Kreuzungsversuche durchgeführt. Diese Tätigkeit wurde bis heute fortgesetzt. 1890 gründete Friedrich von Falz-Fein ein naturwissenschaftliches Museum.

Im April 1914 besuchte der russische Zar Askania-Nowa. In Anerkennung ihrer Verdienste verlieh er der Familie von Falz-Fein den erblichen Adelstitel.

Die Familie floh 1919 nach Deutschland. Friedrich von Falz-Fein starb in Bad Kissingen und wurde auf dem Evangelischen Alten Friedhof der Zwölf-Apostel-Gemeinde Tempelhof-Schöneberg begraben.

Eigentumsrecht im Wolgagebiet

Im Gegensatz dazu verhinderte die im Wolgagebiet herrschende Feldgemeinschaftsordnung ein zweckmäßiges und marktorientiertes Wirtschaften. Nach russischem Muster gab es hier Gemeindeeigentum an Grund und Boden, das regelmäßig alle acht bis zwölf Jahre neu aufgeteilt wurde. Dadurch war es nicht nötig, für die Söhne neues Land zu erwerben und gegebenenfalls Tochterkolonien zu gründen.

Dadurch entwickelten sich wolgadeutsche Ortschaften mit hoher Bevölkerungszahl. So zählten 1912 Norka 14.236, Grimm 11.788, Katharinenstadt 11.962 und Balzer 11.110 Bewohner. Die beiden letzten Siedlungen wurden 1918 zu Städten erhoben.

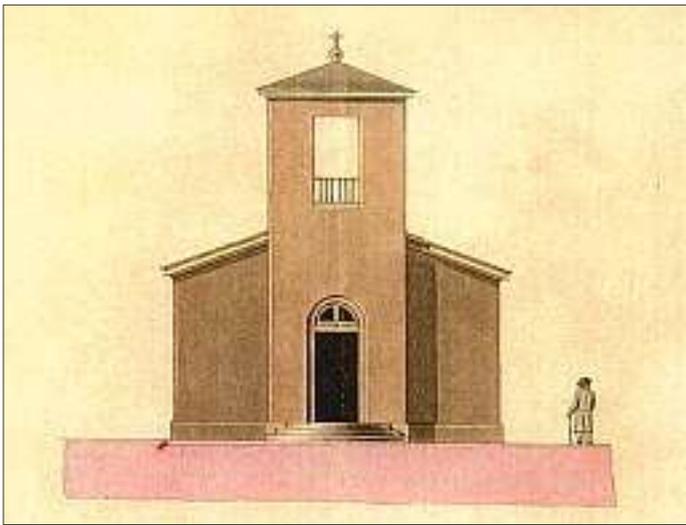
Naturgemäß verringerten sich mit wachsender Bevölkerungszahl die Landanteile der einzelnen Wirte. Die Bauernfamilien mussten sich deshalb mit Handwerk und Heimarbeit zusätzliche Einkommensquellen sichern.

Die wolgadeutschen Siedlungen waren durch eine breite Schicht von Mittel- und Armbauern gekennzeichnet. Diese konnten auf ihrem Land nur geringfügige Überschüsse erzielen und waren zum Teil nur in der Lage, sich selbst zu versorgen.

Kapital bildete sich deshalb größtenteils nicht in der Landwirtschaft, sondern vor allem im Getreidehandel und der Getreideverarbeitung (Mühlenindustrie) sowie im Textilgewerbe mit seinen Tausenden Heimwebern (Sarpinkaindustrie). Vorwiegend dort fanden sich die wenigen reichen Unternehmer aus den Reihen der Wolgadeutschen.

“Landhunger” der Kolonisten

Vor dem I. Weltkrieg lebten in Russland um die 2,5 Millionen Deutsche, die sich wie folgt verteilten:



Die Kirchen standen zu allen Zeiten im Mittelpunkt des Lebens der Kolonisten. Das Bild zeigt den Entwurf für das Bethaus in der Kolonie Güldendorf bei Odessa (1832).

- Untere Wolga: 600.000
- Schwarzmeergebiet: 530.000
- polnische Provinzen (damals Russisches Reich): 550.000
- Wolhynien: ca. 200.000
- Baltikum (Baltendeutsche) 170.000
- St. Petersburg ca. 50.000
- weitere über das ganze Land verstreut lebende Deutsche

Viele brachten es zu großem Wohlstand. Doch es gab auch Arme und Landlose, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt Tochterkolonien gründeten, zunächst in der Ukraine, auf der Krim und in Bessarabien.

Dieser sprichwörtliche deutsche Landhunger führte zu Spannungen mit den russischen und ukrainischen Bauern. Er wurde von „patriotischen“ Kreisen zum Anlass genommen, gegen

Die Deutschen in den Städten

Stadt	Zahl der Deutschen in den Großstädten, Zensus 1897	
	absolut	in % der Einwohner
St. Petersburg	50.780	4,0
Moskau	17.717	1,7
Odessa	10.248	2,5
Saratow	8.367	6,1
Kiew	4.354	1,8
Tiflis (Tbilissi)	2.902	1,8
Baku	2.460	2,2
Astrachan	1.573	1,4

„staatswidrige“ Tätigkeiten der deutschen Siedler zu wettern. Hatten 559 deutsche Siedlungen 1864 insgesamt über 2,1 Millionen Desj. Land verfügt, so wurde der Gesamtbesitz der deutschen Siedler vor 1914 auf 7,2 bis 8 Millionen Desj. geschätzt. Die Anzahl der deutschen Mutter- und vor allem Tochttersiedlungen war auf mehr als 3.000 angewachsen. Das mit Argwohn betrachtete wirtschaftliche und militärische Erstarren des Deutschen Reiches tat sein Übriges.

In den 1880er Jahren begann eine starke Auswanderungswelle aus den schwarzmeerdeutschen und wolgadeutschen Siedlungen. Zielgebiete waren der Nordkaukasus, der asiatische Teil des Russischen Reiches, die USA, Kanada und lateinamerikanische Länder, bevorzugt Argentinien und Brasilien.

Warum aber waren diese Siedler nicht zurück nach Deutschland gegangen? Die Antwort auf diese naheliegende Frage ist recht einfach: Die selbstbewussten Bauern von der Wolga oder vom Schwarzen Meer hätte dort eine wenig erstrebenswerte Zukunft als Knechte bei einem Junker oder als besitzlose Arbeiter in einer Fabrik erwartet.

Ihr Ziel waren daher vor allem die Überseestaaten, in denen sie billig Land erwerben oder pachten und ihre gewohnte Lebensweise fortführen konnten. Etwa 45% der 640.000 Einwohner des US-Staates Norddakota sind Nachkommen schwarzmeerdeutscher Auswanderer.

Wolfsker Portland-Zement-Fabrik D. B. Seifert
in Welft, Goum. Saratow.
Hauptkessel in Saratow, St. Krawtzoj St. Haus D. H. Seifert
Telegraphen-Nr. Saratow, David Seifert

Jährliche Produktion über 1.000.000 Centner.
Für die Qualität des Zementes die höchsten Auszeichnungen erhalten.

Der Portland-Zement Marke „Wolf“ übertrifft in seiner Qualität die Anforderung (Norm) des Verkehrs-Ministeriums und ist bei größeren Brücken, Eisenbahn- und öffentlichen Bauten angenommen.

Demnach Marke „Wolf“ ist im Verkauf zu haben:
in allen Städten an der Wolga, an den Dämmen: Ruma, Sidor, Wjalka und Oka, u. a. m., in Tschernom Orel, Tschernochin, in Kaschka, in allen Orten der russischen Provinz und in den Städten, welche an den Bahnhöfen liegen, die von den abgeordneten Zügen und Gütern fahren.

Dabei über die Anlagen dieser Portland-Zement-Fabrik „Wolf“ durch die Anlagen, die die vollständige Qualität der Portland-Zement-Fabrik liefern, werden Ihnen auf Wunsch gerne gegeben.

Portland-Zement — ist das beste, billigste und leichteste Baumaterial.

Johann Höhn

Warenzeichen Höhn

K. № 1-3 Kolonisten- und H.P. № 1-3 Neurusssischen Pflüge

Hersteller Höhn

Wohnort in der Provinz Saratow, Goum. Saratow, Hauptkessel in Saratow, St. Krawtzoj St. Haus D. H. Seifert

Links: Werbeanzeige der Zementfabrik David Seifert aus Wolsk, Gouvernement Saratow. Quelle: Wolgabote. Kalender für die deutschen Ansiedler an der Wolga. Saratow 1913.

Rechts: Werbeanzeige der Pflugfabrik Johann Höhn, Odessa. Ende des 19. Jahrhunderts.

Existenzprobe Erster Weltkrieg

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges betrachtete die russische Militärführung nicht nur die Untertanen der feindlichen Staaten, sondern auch die meisten der seit mehreren Generation im Zarenreich lebenden Deutschen als mögliche Spione und Verräter.

Erste Zwangsaussiedlungen

Bereits im September 1914 begann auf Befehl der einzelnen Divisionsgeneräle und Armeebefehlshaber die Ausweisung von Deutschen aus den polnischen Gouvernements. Gleichzeitig fand eine massenhafte Aussiedlung von Juden aus dem Einsatzgebiet statt, da diese als Sympathisanten des Deutschen Reiches galten.

Nach den verheerenden Niederlagen der russischen Streitkräfte im Frühling 1915 drängte die Militärführung der Südwest- und Nordwestfront auf die Verbannung der deutschen Siedler, denen man Verrat und Zusammenarbeit mit dem Feind vorwarf, aus den frontnahen Gouvernements. In den Jahren 1914 bis 1916 mussten etwa 200.000 Russlanddeutsche aus dem westlichen Teil des Landes, vor allem aus Russisch-Polen und Wolhynien, ihre Wohnorte verlassen. Zuflucht mussten sie in Turkestan und Sibirien sowie in Gebieten an der Wolga und im Ural suchen.

In Moskau kam es von 26. bis 29. Mai 1915 zu einem schweren antideutschen Pogrom, der mehrere Menschenleben und Verwundete forderte. Unterschiedlichen Angaben zufolge wurden 474 Geschäfte und Fabriken sowie weitere 217 Häuser und Wohnungen zerstört, geplündert oder niedergebrannt. Der entstandene Schaden belief sich auf über 50 Millionen Goldrubel.

Ähnliche Ausschreitungen, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, gab es auch in anderen russischen Städten und auf dem Land.

Ungerechtfertigte Vorwürfe

Die patriotisch gestimmte Presse tat das Ihre, um das Gespenst vom „inneren Deutschland“ und der „teutonischen Übermacht“ heraufzubeschwören. Es entstand eine Spionage- und Verdächtigungshysterie, die weder den baltendeutschen Adel noch die ländlichen Siedler oder die weitgehend assimilierten städtischen Deutschen verschonte. Die Behörden wurden mit Tausenden von Anzeigen „wachsender“ Einwohner übersättigt, die ihre deutschen Nachbarn verleumdete.

Wie ungerechtfertigt die Vorwürfe waren, verdeutlichen folgende Tatsachen: Nach zuverlässigen Schätzungen dienten in der russische Armee um die 300.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft als Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere. So leisteten im Jahr 1917 ca. 15.000 Mennoniten Sanitätsdienst in den Lazaretten und Spitälern der russischen Armee. Etwa 50.000 Wolgadeutsche waren mehrheitlich im Transkaukasus, an der türkisch-russischen Front im Einsatz, u.a. in Transportzügen, Versorgungsgruppen und rückwärtigen Baubataillons.

Die im Dezember 1915 für die südlichen Gouvernements beschlossenen und Anfang 1917 fast auf das ganze Reich ausgedehnten Zwangsveräußerungen des Landbesitzes und die ins Auge gefasste massenhafte Aussiedlung der deutschen Bauern stießen allerdings nicht überall auf Zustimmung. Eine Konferenz von Vertretern der Stadtverordnetenversammlungen und der Börsenausschüsse von Saratow und Pokrowsk fasste am 21. Februar 1917 diesen Beschluss:



Kurz vor dem I. Weltkrieg (1913) aufgenommen, lässt dieses Bild noch nichts vom heraufziehenden Unheil ahnen. Es zeigt Deutsche in Katarinenfeld, Kaukasus, beim Theaterspiel im Freien.

Karl Lindemann

geb. 1847 in Nishni Nowgorod
gest. 1928 in Orloff



Bedeutender Wissenschaftler und herausragender Vertreter russlanddeutscher Interessen. Neben seiner Tätigkeit als Professor an der Landwirtschaftlichen Akademie in Moskau engagierte er sich politisch. Er gründete und leitete ab 1905 die Moskauer deutsche Gruppe des "Verbandes des 17. Oktober" (Oktobristen), einer konservativ-liberalen Partei. Als kompetenter Landwirtschaftsexperte war er hochgeschätzt unter der Zarenherrschaft und in der Sowjetzeit.

Noch vor 1914 trat Lindemann als Verfechter der Rechte der russischen Staatsbürger deutscher Nationalität hervor. Während des Krieges protestierte er entschieden gegen die Gesetze zur Beseitigung des deutschen Landbesitzes in Russland, kritisierte benachteiligende Maßnahmen der Regierung und die antideutsche Stimmungsmache der Presse. Durch persönliche Kontakte zu einflussreichen Politikern und Schriftstellern (z.B. Wladimir Korolenko) versuchte er ebenso wie in mehreren Schriften dem deutschfeindlichen Klima im Land entgegenzuwirken.

Nach der bürgerlichen Revolution im Februar 1917 organisierte Lindemann im April und August 1917 in Moskau den „Allrussischen Kongress der russischen Bürger deutscher Nationalität“. Nach der bolschewistischen Machtergreifung unterstützte er tatkräftig die wirtschaftliche und kulturelle Neubelebung der Deutschen auf der Krim und in der Ukraine. Seine letzten Jahre verbrachte er in der Mennonitensiedlung Orloff, Kreis Melitopol, Ukraine

„Die unter uns lebenden deutschen Kolonisten sind ebenso wie wir russische Staatsbürger. Die Kolonisten in unserem Landesteil sind unentbehrliche Landwirte. Wir fühlen uns verpflichtet, beharrlich und mit Nachdruck zu erklären, dass die Beseitigung



Pflichtbewusste und loyale Kolonisten aus Katharinenfeld im Transkaukasus als Soldaten der russischen Armee, 1915. Quelle: Privatarchiv V. Krieger.



Circa 1914: Jakob Kreick (links) und Heinrich Betz in der Zarenarmee.

des deutschen Landbesitzes, insbesondere zum derzeitigen Moment einer allgemeinen landwirtschaftlichen Krise, eine ungerechte und verderbliche Maßnahme sowohl für die Kolonisten selbst als auch für die ganze Region ist. Sie würde sich auch für ganz Russland als sehr nachteilig erweisen.“

Zahlreiche Vertreter der russischen Intelligenz, darunter bekannte Schriftsteller, Publizisten und Personen des öffentlichen Lebens wie Wasili Rosanow, Fjodor Sologub, Sergej Gorodezki, Wladimir Ern u.a., stellten sich in den Dienst der antideutschen Propaganda.

Aber es gab auch andere Stimmen: Der bekannte Schriftsteller Wladimir Korolenko prangerte die staatliche Willkür und die antideutsche Stimmung an. Er war nicht nur ein begabter Literat, sondern auch ein aufrichtiger Kämpfer gegen jegliche Art von staatlicher Willkür, was ihm die verdienstvolle Bezeichnung „Russlands Gewissen“ einbrachte. In seinem Beitrag „Über Kapitän Kühnen“, erschienen im November 1916 in dem liberalen Massenblatt der Hauptstadt, „Russkie Wedomosti“, zeigte er teilnahmsvoll und mitfühlend, was damals einem russischen Bürger deutscher Herkunft widerfahren konnte.

Erst die Februarrevolution von 1917 ebnete den Weg zur Wiederherstellung ihrer Rechte. Das Gesetz über die Gleichheit der Nationen und Konfessionen vom 21. März 1917 hob alle bis dahin verordneten Beschränkungen auf. Die überwiegende Mehrheit der Russlanddeutschen erwies der bürgerlichen Regierung breite Unterstützung.

Machtergreifung der Bolschewiki

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen, sozialen und geistig-religiösen Entwicklung waren die Nachkommen der einstigen Kolonisten mit einer breiten Schicht wohlhabender Bauern für sozialistische Utopien schwer zu gewinnen.

Berücksichtigt man zudem die folgenden Faktoren, so wird klar, weshalb die Russlanddeutschen während und nach der Machtergreifung der Bolschewiki nicht zu den tonangebenden, sondern zu den leidtragenden Schichten gehörten:

- ihre geographische Lage;
- unzureichende Kenntnisse der russischen Sprache;
- Fehlen einer politisch aktiven Intelligenzschicht;
- verhältnismäßig hohe Schreib- und Lesekundigkeit;
- vielfältige Beziehungen zum Ausland, die ihnen einen Vergleich ermöglichten.

Die tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Maßnahmen der neuen Machthaber trafen folgerichtig vor allem die landreichen und unternehmerischen Schwarzmeerdeutschen. Die Gebietsreform von 1921-23 in der Ukraine ignorierte die Interessen der deutschen Bauern. Geschichtlich und wirtschaftlich gewachsene nationale Landkreise und Gruppen von Siedlungen wurden auseinander gerissen und andersnationalen Dorfräten angegliedert. Daraus ergaben sich die verschiedensten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachteile sowie erhebliche Verständigungsprobleme.

Im Zuge der durch das „Dekret über das Land“ verordneten Enteignungen musste der Großteil des deutschen Grundbesitzes an ukrainische Bauern abgetreten werden.

Ständige wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligungen der Schwarzmeerdeutschen führten noch in den Jahren der Neuen Ökonomischen Politik zu einer starken Zunahme von Auswanderungen. Allein in den Jahren von 1922 bis 1924 wanderten 8.000 deutsche Bauern aus der Ukraine aus.

Besonders heftige Formen nahmen die folgenden Benachteiligungen an:

- Verfolgung von Gläubigen und Auswanderungswilligen;
- Entzug des Stimmrechts für wohlhabende Bauern;



Blick auf Katharinenstadt (das spätere Marxstadt) an der Wolga.

- Behinderungen der nationalen Vereinigungen;
- Enteignung und Verschickung von so genannten Kulaken im Zuge der Kollektivierung.

Durch die Gründung von nationalen Dorfsowjets und Landkreisen, in denen der Unterricht in der Muttersprache abgehalten und Deutsch als Amtssprache zugelassen wurde, versuchte die Sowjetmacht unter den Deutschen an Einfluss zu gewinnen. Vor allem aber sollte die Jugend ideologisch beeinflusst werden.

Autonomierechte für Wolgadeutsche

Unter der wolgadeutschen Bevölkerung fand das in der „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ vom 2. November 1917 versprochene Selbstbestimmungsrecht eine gewisse Zustimmung. Kein Geringerer als Stalin unterstützte als Volkskommissar für Nationalitätenfragen maßgeblich diese Bestrebungen zur Gründung eines nationalen Gebietes (allerdings auf proletarischer Grundlage). Er stand damit - so seltsam es im Nachhinein auch klingen mag - an der Wiege der wolgadeutschen Autonomie.

Für die neuen Machthaber waren die Siedlungsgebiete der Wolgadeutschen, in denen große Mengen von Getreide beschafft werden konnten, von lebenswichtiger Bedeutung. Nicht von ungefähr kamen deshalb die Wolgadeutschen als erste Minderheit in den Genuss der verkündeten Autonomierechte: Am 19. Oktober 1918 unterzeichnete Wladimir Lenin als Regierungschef das Dekret über die Gründung der Arbeitskommune (des autonomen Gebiets) der Wolgadeutschen. Man wollte die reichhaltigen Getreidevorräte in erster Linie für die Versorgung der beiden Revolutionszentren Moskau und Petrograd (ab 1924 Leningrad) verwenden und sie vor örtlichen Gouvernment-Sowjets oder vorbeziehenden Truppen schützen.

Die wolgadeutschen Bauern lieferten an Lebensmitteln das Mehrfache des landesweit Üblichen ab. Diese rücksichtslose Ausbeutung war der maßgebliche Grund dafür, dass die Arbeitskommune von der verheerenden Hungersnot der Jahre 1921 und 1922 am härtesten getroffen wurde.

Allein 1921 verließen mehr als 80.000 deutsche Bewohner das Wolgagebiet und zogen nach Turkestan, in den Trans- und Nordkaukasus, nach Zentralrussland, in die Ukraine und bis nach Deutschland. Hinzu kamen 47.777 erfasste Todesfälle, in ihrer Mehrheit Hungeropfer.

Das ganze Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs geht aus dem folgenden Zahlenvergleich hervor: Vor dem I. Weltkrieg lebten auf dem Gebiet der künftigen autonomen Republik 516.289 Deutsche, bei der Volkszählung 1926 waren es nur noch 379.630.

Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung

Im ersten Jahrzehnt nach dem Oktoberumsturz waren die Bolschewiki hauptsächlich mit der Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Macht beschäftigt. Das zeigte sich besonders im Frühjahr 1921 beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP).

Ungeachtet

- des blutigen Bürgerkrieges,
- der Verstaatlichung der Großindustrie und der mittleren Betriebe
- und der entsetzlichen Hungersnot 1921-22, die Millionen Menschenleben gekostet hatte,

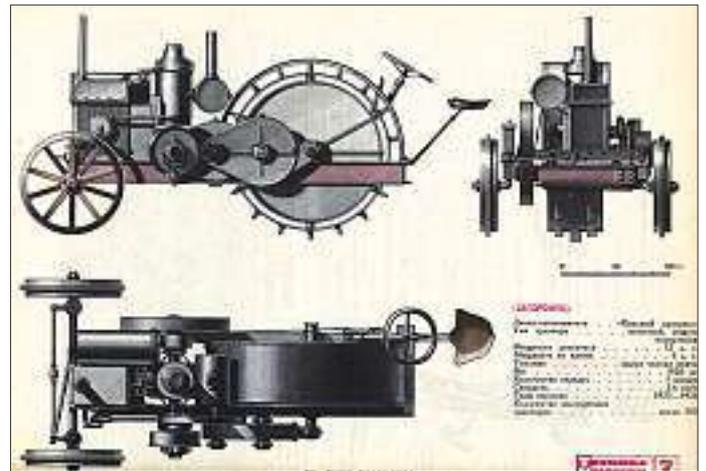
herrschten auf dem Land die bäuerliche Einzelwirtschaft und die althergebrachte Lebensweise vor.

In dieser Zeit erhoffte sich die Sowjetmacht vom hohen wirtschaftlichen und kulturellen Stand der deutschen Siedler entscheidende Anstöße für den Wiederaufbau des Landes. Nicht zufällig hieß der Titel eines im Jahr 1922 erschienenen Buches „Die Deutsche Kommune an der Wolga und die Wiedergeburt des südöstlichen Russlands“.

Als ergiebig und kultiviert galt vor allem die Wirtschaftsweise der Deutschen in der Ukraine, in Sibirien und im Transkaukasus. Bei letzterem Gebiet ist in erster Linie die Winzergenossenschaft „Konkordia“ der Siedlung Helenendorf in Aserbeidschan zu erwähnen. Neben dem weit verzweigten Vertrieb von Weinen in der gesamten Sowjetunion finanzierte sie wissenschaftliche Untersuchungen zur Züchtung neuer widerstandsfähiger Rebsorten und unterhielt ein insektenkundliches Arbeitszimmer.

1928 zählten die beiden wichtigsten Vereine der wolgadeutschen Lokalindustrie, der Handwerker- und Gewerbeverein sowie der Sarpinka-Verein, um die 14.000 Mitglieder. Rund 335 Webereien stellten die seit Anfang des 19. Jahrhunderts bekannte Sarpinka (Baumwollstoff mit beigemischtem Leinen) her, die sich im Russischen Reich bzw. in der UdSSR großer Nachfrage erfreute.

Noch vor dem I. Weltkrieg entstand in Katharinenstadt (ab 1919 Marxstadt) eine große Fabrik mit ca. 400 Arbeitern zur



Der erste serienmäßig produzierte sowjetische Traktor „Saporoshez“.

Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten, die nach dem Oktoberumsturz nationalisiert wurde. In den Hallen der Fabrik wurde einer der ersten Versuche unternommen, einen inländischen Traktor zu bauen. Und 1926 wurden dort tatsächlich die ersten Kleintraktoren mit dem Namen „Karlik“ („Zwerg“) erzeugt.

In der mennonitischen Kolonie Einlage (heute Gebiet Saporoschje) entwickelten die Ingenieure Leonhard Unger und Gerhard (?) Rempel 1921 den ersten sowjetischen Traktor, der in Serienproduktion kam. Er erhielt den Namen „Saporoshez“ und wurde in ca. 800 Exemplaren gefertigt. 1932 erhielten Gerhard Epp, Peter Dyck und Cornelius Unruh den Lenin-Orden für die Entwicklung des „Stalinez“, des ersten Mähdreschers der Sowjetunion.



1930er Jahre: Lehrer und Schüler in Marienheim, Ukraine.

Der Stalinismus und die Deutschen

Ende der 1920er Jahre wandte sich die sowjetische Führung mit Stalin an der Spitze vom eingeschlagenen Kurs der allmählichen Entwicklung im Rahmen der NÖP ab und schlug einen Kurs der radikalen Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft ein.

Das war eine Reaktion auf die utopische Hoffnung einer Weltrevolution und drückte sich im Übergang zum Grundsatz des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ aus. Die wichtigsten Merkmale der neuen Politik waren:

- beschleunigte Industrialisierung;
- völlige Kollektivierung der Landwirtschaft;
- Kulturrevolution.

Insgesamt bedeutete diese nun eingeschlagene Entwicklung eine grundlegende Umformung der sozialen Ordnung. Aus einer Gesellschaft mit gewissen Zugeständnissen an die Privatwirtschaft, begrenzter Meinungsfreiheit und kultureller Offenheit wurde jetzt eine Diktatur unter Stalins Alleinherrschaft. Auf dem Weg zur Bildung der „neuen Gesellschaft“ wurden ganze Gruppen und Bevölkerungsschichten rücksichtslos ausgeschaltet oder vernichtet, die eine mögliche Gefahr darstellten. Darunter waren vor allem Kleinunternehmer, wohlhabende Bauern, Freiberufler, national denkende Intellektuelle, „bürgerliche“ Spezialisten und Wissenschaftler, Geistliche und aktive Mitglieder von Glaubensgemeinschaften.

Widersprüchliche Kulturpolitik

Für die vorgesehenen Ziele war es unabdingbar, in kürzester Zeit eine einheitliche Massenkultur zu schaffen. Dafür sollten



Studenten des zweiten Semesters der Fakultät für Sprache und Literatur des Deutschen Staatlichen Pädagogischen Instituts Engels im Mai 1940. In der ersten Reihe sitzend die Hochschullehrer (von links nach rechts, ab der dritten Person): Töws, Bossert, A. Justus, Dominik Hollmann. Quelle: Privatarchiv A. Ziebart

im Eiltempo zahlreiche pädagogische Hochschulen, Technika und weitere Bildungseinrichtungen errichtet werden. In den fünf Jahren ab 1927/28 stieg die Zahl der Hochschulen in der UdSSR von 148 auf 832. Die Zahl der Studenten verdreifachte sich auf 504.400. Ähnlich war das Wachstum im mittleren Fachschulwesen.

Dieser gesellschaftliche Wandel ergriff auch die deutsche Bevölkerung der Sowjetunion. So existierten Ende der 1930er Jahre in der Wolgadeutschen Republik die folgenden Einrichtungen:

- das Deutsche Pädagogische und das Landwirtschaftliche Institut;
- 13 mittlere Fachschulen, darunter ein zooveterinäres Technikum und zwei Feldscher- und Hebammenschulen;
- vier landwirtschaftliche Fachschulen;
- eine Musikschule.



Anfang 1930er Jahre: die deutsche Kolchosbrigade „Neues Leben“ in Iwanowka, Kasachstan.

Bei aller berechtigten Kritik an der Art und Weise dieser Kultur- und Massenebildungspolitik führten die Maßnahmen Ende der 30er Jahre zu einer spürbaren Hebung des allgemeinen und fachtechnischen Bildungsniveaus. Die Reservierung von Studienplätzen erleichterte den Jugendlichen aus der Republik die Aufnahme an führenden Instituten und Universitäten des Landes. Durch Bildungsangebote und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten versuchte die Partei nicht ohne Erfolg die jüngere Generation für ihre Ziele zu gewinnen.



„Das Kochen von Arbusenhonig“, ein Bild des Landschaftsmalers Jakob Weber (1870-1958), verdienter Künstlers der ASSR der Wolgadeutschen. 1937 wurde er repressiert und erst kurz vor seinem Tod befreit. Quelle: Bildende Kunst der Russlanddeutschen im 18.-20. Jahrhundert. Moskau 1997, S. 153.



1933/34: Arbeiterinnen der Strickerei in Großliebental, Odessa.

Kollektivierung

Für die ländliche Bevölkerung dagegen bedeutete diese seit 1928 verfolgte Politik eine vernichtende Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften. Die wohlhabende Schicht, die so genannten Kulaken, waren restloser Enteignung und anschließender Verbannung aus ihren Heimatorten ausgesetzt worden.

Bei den deutschen Ansiedlern entlud sich der Protest gegen die Enteignungen und religiösen Verfolgungen Ende 1929 u.a. in einer massenhaften Auswanderungsbewegung. Damals versammelten sich in Moskau etwa 14.000 Bauern, vornehmlich Mennoniten aus Westsibirien: Sie forderten freie Ausreise und wandten sich an die Deutsche Botschaft und die ausländische Öffentlichkeit. Insgesamt gelang es 5.671 Personen, nach Deutschland auszureisen. Von dort zogen sie später zu ihren Glaubensbrüdern nach Nord- und Südamerika weiter. Die übrigen wurden von der Miliz und der OGPU (Name der Geheimpolizei bis 1934) gewaltsam in ihre Herkunftsorte zurückbefördert. Die so genannte Kolonistenaffäre schadete dem Ansehen der Sowjetunion erheblich und führte zu einer merklichen Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Weitere Hilferufe ins Ausland während der katastrophalen Hungersnot 1932-33 und sämtliche Kontakte mit Ausländern wertete die sowjetische Führung fortan als Verletzung der Untertanentreue. Sie forderte die Partei- und Regierungsorgane zum Kampf „gegen die Faschisten und ihre Helfershelfer“ auf und drohte mit harten Maßnahmen.

Alexander Frison

geb. 1873, gest. 1937



Katholischer Bischof. Geboren in der Kolonie Baden unweit von Odessa. Studierte am Collegium Germanicum in Rom. Promovierte zum Dr. phil. und Dr. theol. Am 22. November 1902 Priesterweihe. Ab 1905 Professor am katholischen Priesterseminar in Saratow, dem er ab 1910 als Rektor vorstand. Ab 1919 Seelsorger auf der Krim. 1926 wurde Alexander Frison zum Bischof von Odessa ernannt; 1929 erhielt er ohne die Zustimmung der sowjetischen Behörden in Moskau die Bischofsweihe.

Darauf folgten mehrere Verhaftungen und mehrmonatige Einkerkerungen. Im Herbst 1935 verhaftete das NKWD den Bischof zusammen mit weiteren 32 Personen und beschuldigte ihn der Spionage zugunsten Deutschlands. Im September 1936 verurteilte ihn das Sonderkollegium des Krimer Gebietsgerichts in einer geschlossenen Sitzung zum Tod durch Erschießen. Das Urteil wurde im Butyrki-Gefängnis in Moskau am 20. Juni 1937 vollstreckt.

Jakob Hummel

geb. 1893, gest. 1946



Einer der Begründer der archäologischen Wissenschaft in Aserbeidschan. Geboren in der Kolonie Helenendorf, studierte in Tiflis Naturwissenschaft am Lehrerinstitut. Ab 1921 war er in seinem Heimatdorf als Lehrer tätig und baute gleichzeitig das örtliche Heimatkundemuseum auf. 1923-24 unternahm er im Auftrag des republikanischen Bildungsministeriums eine Studienreise nach Deutschland. Ab 1930 beschäftigte er sich

wissenschaftlich mit der frühen Geschichte Aserbeidschans und führte umfangreiche Ausgrabungen durch. 1933 Verhaftung und nach sechsmonatiger Untersuchungshaft wieder auf freiem Fuß. 1936 wurde er zum korrespondierenden Mitglied des Instituts für Kaukasuskunde der Akademie der Wissenschaft Aserbeidschans gewählt. Jakob Hummel ist Verfasser mehrerer Monographien in russischer und deutscher Sprache. 1941 wurde er zusammen mit anderen Kaukasusschwaben nach Kasachstan deportiert. Im Gebiet Akmolinsk verstarb er nach langer, schwerer Krankheit

Vom 1. Januar 1936 bis zum 1. Juli 1938 in der UdSSR verhaftete Personen, nach Nationalitäten gelistet

Nationalität	Zahl der Verhafteten, absolut	Anteil an der Gesamtzahl d. Verhafteten, in %	Anteil der Nationalität an der Gesamtbevölkerung der UdSSR, in %
Russen	657.799	43,6	58,4
Ukrainer	189.410	13,3	16,5
Polen	105.485	7,4	0,4
Deutsche	75.331	5,3	0,8
Weißrussen	58.702	4,1	3,1
Juden	30.542	2,1	1,8
Letten	21.392	1,5	0,1
Finnen	10.678	0,7	0,1
Insgesamt	1.420.711	100	100

Verfolgung von Minderheiten

Ab Mitte der 1930er Jahre vollzog sich in der sowjetischen Innenpolitik eine deutliche Wende. Neben der umfassenden staatlichen Lenkung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche machte sich eine zunehmende Abkapselung vom Ausland bemerkbar. Das führte u.a. zum Konzept der "feindlichen Nationalitäten": Man argwöhnte, ausländische Staaten könnten durch nationale Minderheiten schädliche Einflüsse ins Land bringen.



Haftfoto aus dem Jahr 1930 von Prof. Georg Dinges.
Quelle: Pokrowsk-Engels.
Seiten der Geschichte. Nr. 5.
Saratow 2004, S. 15.

Die Deutschen gehörten zu den ersten, die aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit massenhafte Verschickungen über sich ergehen lassen mussten. Im April 1936 fasste der Rat der Volkskommissare der UdSSR den geheimen Beschluss „Über die Aus-

siedlung von 15 000 polnischen und deutschen Haushalten aus der Ukrainischen SSR und ihre wirtschaftliche Einrichtung im Gebiet Karaganda der Kasachischen SSR“. Daraufhin wurden 69.283 Personen aus den Grenzgebieten der Ukraine verbannt; 75% der Zwangsausgesiedelten waren Polen.

Ein Bericht des Innenministeriums NKWD von 1937 nennt für die Monate Juni bis August 49 "faschistische und aufständische" Organisationen mit ca. 800 Mitgliedern, die man unter der deutschen Bevölkerung des Gebietes Odessa aufgedeckt habe. Die "Agenten des reichsdeutschen Spionagedienstes" beabsichtigten angeblich, 60 bis 70% der erwachsenen Odessa-Deutschen in die antisowjetische Bewegung einzubeziehen. Gemessen an den vier Jahre später durchgeführten Maßnahmen waren die Vorschläge zur Behebung des "Missstandes" gemäßigt: Bis zu 5.000 "konterrevolutionäre" Familien müssten aus dem Gebiet ausgesiedelt werden. Der politischen Strafjustiz in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre fielen Minderheiten wie Polen, Deutsche oder Finnen in überdurchschnittlichem Ausmaß zum Opfer

Im Zuge der „deutschen“ Operation des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten in den Jahren des „Großen Terrors“ 1937-38 wurden in der Ukraine 21.229 Personen verhaftet und 18.005 von ihnen zum Tode verurteilt. Obwohl der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung nur 1,4% betrug, gehörten sie mit 14,7% (!) der Opfer zu den am stärksten verfolgten nationalen Gruppen.

Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland vom 23. August 1939 führte zu keiner Veränderung der Lage der Deutschen in der Sowjetunion. Durch die geheime Absprache der beiden Diktatoren Stalin und Hitler besetzte die Sowjetunion Bessarabien, die Westukraine und Westweißrussland sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die dort ansässigen deutschen Minderheiten gerieten in eine Zwickmühle: Blieben sie in ihren Heimatorten, gerieten sie unter die Sowjetherrschaft mit Enteignungen, Verbannungen, Verfolgung der Gläubigen usw. Wollten die dem entgehen, blieb ihnen nur eine ungewisse Zukunft im Deutschen Reich als Mittellose und Entwurzelte.

Die meisten der dort beheimateten Deutschen - in den NS-sowjetischen Vereinbarungen als Vertragsumsiedler bezeichnet - zogen das aus ihrer Sicht geringere Übel vor und entschieden sich für Deutschland.



Ausweis des Abgeordneten des Obersten Sowjets der ASSR der Wolgadeutschen, des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, d.h. Regierungschef der Republik, Alexander Heckmann (1908-1994). Er war auch Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR und der Russischen Föderation, was die sowjetischen Machthaber jedoch nicht hinderte, ihn nach der Auflösung der Wolgarepublik in ein Zwangsarbeitslager einzuweisen. Quelle: Staatsarchiv der Administrativen Organe des Gebietes Swerdlowsk.

Deutsch-sowjetischer Krieg: Der Weg in die Katastrophe

Die hysterische Angst vor Spionage und feindlichen Fallschirmjägern, die sich nach dem Angriff Hitler-Deutschlands am 22. Juni 1941 entwickelt hatte, ließ Russlanddeutsche und deutschsprachige Emigranten leicht in den Verdacht geraten, Agenten der Gestapo oder der Abwehr zu sein. Dadurch kam es in den ersten Kriegswochen zu zahlreichen Verhaftungen.

Gleichzeitig versuchte die sowjetische Militärführung, ihr anfängliches Versagen u.a. durch den Hinweis auf „verräterische“ Aktivitäten der deutschen Bevölkerung in den frontnahen Gebieten zu erklären. Man verleumdete sie als illoyale Bürger und forderte ihre Ausweisung.

Propaganda und Deportation

Bereits ab dem 15. August begann man höchst unorganisiert und in größter Eile, die etwa 53.000 Krimdeutschen auszusiedeln, vorerst in den Nordkaukasus. Verschleiern wurde diese Maßnahme als „Evakuierung“ bezeichnet. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die Erfordernisse eines totalen Propagandakrieges. Die Deutschen wurden damals als „zweibeinige Tiere“, „Menschenfresser“ und „tollwütige Hunde“ bezeichnet. Und: Die Existenz einer anerkannten sowjetdeutschen Minderheit an der Wolga mit verbrieften Autonomierechten stellte vor diesem Hintergrund ein Hindernis dar.

Am 26. August 1941 ordnete Stalin daher die Umsiedlung der Deutschen aus der Wolgadeutschen Republik und aus den Gebieten Saratow und Stalingrad an. Als Bestimmungsorte wurden die Regionen Altaj und Krasnojarsk, die Gebiete Omsk und Nowosibirsk sowie Kasachstan genannt. Die gesamte Durchführung wurde dem Volkskommissariat (Ministerium) für Innere Angelegenheiten NKWD anvertraut.

Dieser geheim gefasste Beschluss über die Auflösung einer in der sowjetischen Verfassung fest verankerten nationalen Republik bedurfte jedoch der formalen und rechtskräftigen „Absegnung“ durch die oberste Staatsgewalt. Deshalb unterzeichnete zwei Tage später das nominelle Staatsoberhaupt Michail Kalinin im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR den Erlass „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben“.

In dem offiziellen Erlass vom 28. August 1941 wurde gegen die Deutschen die schwerwiegende Anklage des Vorhandenseins von „Tausenden und Zehntausenden Diversanten und Spionen“ erhoben, die „nach einem aus Deutschland gegebenen Signal“ Sprengstoffanschläge verüben sollten. Durch ein weiteres Dekret vom 7. September 1941 erfolgte die Angliederung der Wolgadeutschen Republik an die angrenzenden Gebiete Saratow und Stalingrad.

Die Verbannung anderer deutscher Bevölkerungsgruppen, die keinen Autonomiestatus besaßen, erfolgte in den folgenden Wochen und Monaten gemäß zusätzlicher geheimer Regierungsbeschlüsse. Davon betroffen waren beispielsweise der noch nicht besetzte Teil der Ukraine, der Trans- bzw. Nordkaukasus sowie die Städte Moskau und Gorki.

Die ganze „deutsche Operation“ verlief unter Ausschluss von Presse und Öffentlichkeit. Bis Ende 1941 wurden behördlichen Angaben zufolge 799.459 Personen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Kasachstan und Sibirien „umgesiedelt“; darunter befanden sich 444.115 Wolgadeutsche.

Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons wohnen“

*(Moskau, Kreml, 28. August 1941,
Wortlaut der Veröffentlichung
am 30. August 1941*

*im Organ „Nachrichten“ des Gebietskomitees
KPdSU(B) und des Obersten Sowjets
der ASSR der Wolgadeutschen, des Stadtkomitees
der KPdSU(B) und des Stadtsowjets
der Deputierten der Werktätigen von Engels)*

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig befunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Übersiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erweisen ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachstans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die übersiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzländereien in den neuen Rayons sicherzustellen.

**Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets
der UdSSR, M Kalinin
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets
der UdSSR, A. Gorkin**

Russlanddeutsche als Personen „minderen Rechts“

Die Maßnahmen der Staats- und Parteiführung nach der Deportation sollten vor allem sämtliche politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Spuren deutschen Lebens in der Sowjetunion beseitigen:

Kulturelle Zerstörung

Aufgelöst wurden kulturelle Institutionen wie das Deutsche Staatstheater in Engels, die Deutsche Staatliche Pädagogische Hochschule und mehrere Fachhochschulen, die Philharmonie mit dem Sinfonieorchester und der Deutsche Staatsverlag. Liquidiert wurden auch die 1918 ins Leben gerufene republikanische Zentralbibliothek und das 1925 gegründete Museum der ASSR der Wolgadeutschen. Des Weiteren wurde Deutsch als Amts-, Medien- und Unterrichtssprache umfassend verboten.

Wirtschaftliche Ausplünderung

Der Sowjetstaat konfiszierte zum einen den individuellen Besitz der Bürger, d.h. Häuser, Hausrat, Nutzgarten, Vorräte etc. Er eignete sich aber auch das genossenschaftliche bzw. verstaatlichte Eigentum einschließlich der Finanzmittel der Sowchosen, Betriebe und Behörden an, in denen die Deutschen die Mehrheit der Mitglieder bzw. der Belegschaft stellten.

Beschneidung der Bürgerrechte

In der Sowjetunion wurden die diskriminierenden Rechtsnormen bezüglich ethnischer Minderheiten nicht gesetzlich verankert. Durch diesen geschickten Schachzug konnten die bolschewistischen Machthaber die umfassende Unterdrückung der Russlanddeutschen und später auch anderer Volksgruppen jahrzehntelang erfolgreich leugnen.

Obwohl nicht gesetzlich verankert, entstand bald aus internen Parteibeschlüssen, Regierungsanordnungen und NKWD-Instruktionen ein dichtes Netz diskriminierender Bestimmungen:

- Alle Deutsche, auch die in Städten wohnenden, wurden ausschließlich in ländlichen Ortschaften und kleineren Rayonstädtchen untergebracht.

- Sie wurden unabhängig von familiären Verhältnissen oder fachlicher Qualifikation zur körperlichen Arbeit auf dem Land gezwungen.
- Es war ihnen nicht erlaubt, diese Orte der Pflichtansiedlung zu verlassen.
- Deutschen Jugendlichen wurde ausdrücklich verboten, ein unterbrochenes Studium fortzusetzen.

Umfassende Mobilisierung in Zwangsarbeitslager

Eine weitere Stufe der bürgerlichen Entrechtung der deutschen Minderheit stellte die beinahe vollständige Einweisung aller erwachsenen Personen in Arbeitslager dar. Die Einberufung von Jugendlichen, Männern und Frauen im Alter von 15 bis 55 Jahren durch die Sammelstellen des Volkskommissariats für Verteidigung und ihre Unterstellung unter das NKWD begann im Januar 1942 und setzte sich praktisch bis Ende des Krieges fort. Man sonderte ferner russlanddeutsche Soldaten und Offiziere aus den militärischen Einheiten aus und schaffte sie ebenfalls in Arbeitslager.

Ähnlich wie Strafgefangene wurden die Russlanddeutschen für schwerste und unqualifizierte Arbeiten beim Bau von Eisenbahnlinien und Industriebetrieben, in der Öl- oder Kohleförderung oder beim Holzfällen eingesetzt. Keine andere Volksgruppe in der Sowjetunion wurde in diesem Ausmaß physisch ausgebeutet: Etwa 350.000 der 1,1 Mio Russlanddeutschen, die sich während des Krieges im sowjetischen Machtbereich befanden, mussten Zwangsarbeit leisten.

Entrechtung, Verleumdung und Beseitigung der nationalen Intelligenz und Führungsschicht

Partei- und Sowjetfunktionäre, Richter, Professoren und Dozenten, Offiziere, Wirtschaftsleiter, Literaten, Lehrer, Schauspieler, Bibliothekare etc. deutscher Nationalität verloren ihren Arbeitsplatz bzw. ihre Stellung und mussten in die Zwangsarbeitslager. Dort konstruierte die Geheimpolizei zahlreiche politische Strafprozesse, die für die Betroffenen mit langjährigem Freiheitsentzug oder der Todesstrafe endeten.

Antideutsche Stimmungsmache

Unzählige Artikel mit verzerrenden und karikierenden Bildern, Radiosendungen und Filme, in denen vor allem gegen die Deutschen (und nicht etwa gegen den Feind oder die Faschisten) heftig Stimmung gemacht wurde, vergifteten das Verhältnis zu den Russlanddeutschen. Das umso mehr, als die sowjetischen Behörden zwischen ihnen und der Angreifernation keinen Unterschied machten. Persönliche Beleidigungen und Beschimpfungen blieben unbestraft.

Umbenennung der deutschen Orte

Um die Erinnerung an die ehemaligen Bewohner endgültig zu löschen, bekamen die ehemals deutschen Siedlungen russische Namen, die zudem stark sowjetisch geprägt waren. So hieß Balzer nun Krasnoarmejsk, d.h. Rotarmist; aus einer der ältesten und größten wolgadeutschen Siedlungen, Mariental (gegründet 1766), wurde Sowetskoje, und Jost wurde in Oktjabrskoje umbenannt.

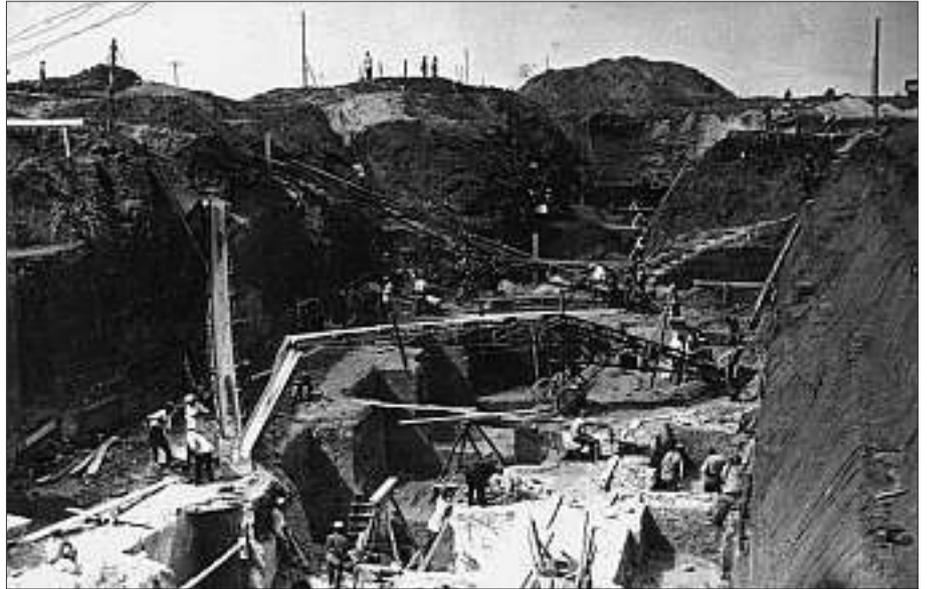


Zur Zwangsarbeit mobilisierte deutsche Frauen, die beim Holzschlag eingesetzt wurden. Um 1944. Quelle: Privatarchiv L. Jost.

Verbannung und Zwangsarbeit

Während des Krieges war die Versorgung durch Lebensmittelmarken nur für die arbeitende Stadtbevölkerung gesichert. Auf dem Land lebte man überwiegend von eigenen Nutzgärten und Privatvieh, weil die Kolchosen nach den Pflichtablieferungen an den Staat nicht in der Lage waren, die geleistete Arbeit zu entlohnen.

Diese lebensrettenden Nebengewirtschaften fehlten jedoch den Zwangsumgesiedelten. Schon im Dezember 1941 und Januar 1942 berichteten örtliche NKWD-Dienststellen von um sich greifenden Krankheiten, erhöhter Kindersterblichkeit und Hungertoten unter den deutschen "Übersiedlern". Dazu ein amtlicher Bericht, der umso verheerender ist, weil dort auf die Lage von Betroffenen eingegangen wird, deren Deportation erst zwei Monate zurücklag.



Fundamentgrube für das Walzwerk auf dem Baugelände des Arbeitslagers Tscheljabmetallurgstroj, um 1943. Quelle: Vereinigtes staatliches Archiv des Gebiets Tscheljabinsk.

„In den ... Kolchosen sind 263 Familien mit 910 Deutschen angesiedelt worden; zur Zeit besitzen von den 263 Familien 133 Quittungen über die Ablieferung verschiedener Arten von Lebensmitteln an den Staat (vor der Verbannung – Anm. des Verfassers) wie Getreide, Mais, Kartoffeln, Vieh, Weinerzeugnisse und andere Produkte. Allerdings haben sie für diese Quittungen bis zum heutigen Tag nichts erhalten...

Als Folge der Nahrungsknappheit beginnen sich unter den umgesiedelten Deutschen in diesen Kolchosen verschiedene Arten von Erkrankungen auszubreiten, besonders unter den Kindern: Masern, Grippe und andere Krankheiten...

Für den Zeitraum des Aufenthaltes der Deutschen in diesen Kolchosen ist der Tod von 20 Personen zu verzeichnen; die Mehrheit davon sind Kinder. Von Seiten der Rayongesundheitsbehörde wird dieses Kontingent nicht medizinisch betreut...

Die Umgesiedelten sind gezwungen, da sie kein Brot haben, den Kolchosbauern für jegliche Art von Lebensmitteln ihr Bettzeug, Kissen, Bettdecken und Ähnliches zu verkaufen...

Wenn in den nächsten zwei bis drei Tagen nicht (die Zuteilung von Lebensmitteln) erfolgt, werden einzelne Familien, die überhaupt kein Brot mehr haben und sich in einem halb verhungerten und kranken Zustand befinden, einfach austerben.“

(NKWD-Rayonverwaltung Bajan-Aul, Gebiet Pawlodar, 7. Dezember 1941)

Die Zwangsrekrutierung der arbeitsfähigen Männer und Frauen ins Arbeitslager brachte die Zurückgebliebenen in eine lebensbedrohliche Lage. Während ihre russischen, ukrainischen und kasachischen Nachbarn, deren Ehemänner oder Söhne an der Front kämpften, eine, wenn auch bescheidene Unterstützung erhielten, verweigerte der Staat den verbliebenen Familienangehörigen der Deutschen jegliche Hilfe.

Den Betroffenen erschien diese Missachtung und Diskriminierung als letzter Schritt auf dem Weg zur endgültigen Vernichtung ihrer ganzen Volksgruppe. Ein Regierungsbeschluss vom 18. November 1942 erlaubte den Sowjetbehörden, deutsche Kinder, die ohne ihre Eltern auskommen mussten, auf benach-

barte russische und kasachische Familien bzw. Kolchosen zu verteilen oder sie in Waisenhäuser einzuliefern.

Miserable Arbeits- und Lebensbedingungen, rücksichtsloses Vorgehen und faktische Straffreiheit des Lager- und Betriebspersonals führten dazu, dass in den Einsatzorten in kurzer Zeit eine große Zahl von Todes- und schweren Krankheitsfällen zu verzeichnen war. So starben im Arbeitslager Tscheljabmetallurgstroj des NKWD, das für den Bau eines Hüttenkombinats im Ural errichtet wurde, im Jahr 1942 laut Lagerstatistik 2.727 Deutsche. Im Januar 1943 befanden sich dort von den 27.430 Zwangsarbeitern 8.013 oder 29,2 Prozent in Krankenbaracken. Bei der Unterdrückung und Terrorisierung der eingezogenen Deutschen spielte vor allem die sowjetische Geheimpolizei eine wichtige Rolle.

Um der Zensur zu entgehen und den daheim Gebliebenen die wahren Verhältnisse im Lager zu beschreiben, verfasste ein Zwangsarbeiter mit Hang zu schwarzem Humor eine Art verschlüsselten Brief:

„Liebe Frau! Ich möchte Dir mitteilen, dass es mir hier sehr gut geht. Jede Nacht schlafe ich, allerdings nicht immer die ganze. Während des Schlafes arbeite ich nicht. Fast alle mit mir eingetroffenen Freunde sind hier. Wie dir wohl bekannt ist, konnte ich daheim ohne sie nicht leben, aber hier wurden sie in einen anderen Ort versetzt.

Fleischmann habe ich seit meiner Ankunft hier noch nie getroffen. Wo er arbeitet, ist mir nicht bekannt. Grützmänn ist versetzt worden, Kartoffelmann treffe ich sehr selten, er hat nie Zeit für mich. Manchmal kommt mir Krautmann entgegen, doch schon lange vermisste ich Mehlmann und Nudelmann. Milchmann und Schmandmann wurden noch bei der Verladung in den Zug von uns getrennt.

Wassermann und Arbeitsmann sind die einzigen, denen ich jeden Tag begegne. Ja, fast habe ich Brotmann vergessen. Er ist krank geworden, sieht schwarz und schwerfällig aus...

Du kannst allen sagen, dass meine einzigen Freunde hier Hungermann, Läusemann, Wanzenmann und Arbeitsmann sind.“



Deutsche Frauen in der Trudarmee.

Vertreterin der Staatssicherheit im Lager war die berüchtigte „Operativ-tschekistische Abteilung“. Eine heftige Welle von Unterdrückungsmaßnahmen erfasste die Deutschen. Bis zum Juli 1944 wurden 8.543 Zwangsarbeiter aufgrund von Fluchtversuchen, angeblichen Sabotageakten und konterrevolutionärer Arbeit verhaftet. 6.392 von ihnen wurden zu langjähriger Haft im Straflager und 526 zum Tode verurteilt.

Sondersiedlerstatus

Laut einer Regierungsverordnung vom 8. Januar 1945 wurden zur besseren Erfassung und Kontrolle der deportierten Völker in den Aussiedlungsgebieten Sonderkommandanturen eingerichtet. Dort mussten die Deutschen sich registrieren lassen und binnen drei Tagen alle Änderungen der Zahl ihrer Familienan-



Denkmal für die russlanddeutschen Opfer des Stalinismus auf dem Friedhof in Augsburg-Haunstetten.

gehörigen (Tod, Flucht, Geburt u.a.) melden. Ohne Genehmigung des Kommandanten durften sie ihren Wohnort nicht verlassen.

Nach dem Krieg begann die Auflösung der Arbeitskolonnen. Die deutschen Zwangsarbeiter wurden in die Stammebelegschaften von Betrieben und Bauorganisationen überführt. Allerdings wies man ihnen nicht die Rechte eines normalen Sowjetbürgers zu, sondern den Status eines Sondersiedlers. Nur mit Einverständnis der Betriebsleitung und des zuständigen Kommandanten konnten ehemalige Mobilisierte an den Ort ihrer Pflichtansiedlung zurückkehren oder ihre Familien zu sich holen. Die Zusammenführung der auseinander gerissenen Familien dauerte indes bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre.

Selbstverständlich durften die Russlanddeutschen nicht in ihre vor 1941 bewohnten Heimatorte zurückkehren. Die Bedingungen der Sondersiedlung verschärfen sich weiter mit der Verabschiedung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1948. Darin wurde die Verbannung der Deutschen und anderer „bestrafter“ Völker wie der Tschetschenen, Kalmücken, Krimtataren u.a. auf „ewig“ erklärt. Auf Flucht aus den Ansiedlungsgebieten standen 20 Jahre Straflager.



Neue Wohnblöcke vornehmlich für die Arbeiter des Aluminiumwerkes in Krasnoturinsk, Gebiet Swerdlowsk. Während des Krieges waren an dessen Errichtung circa 20.000 Russlanddeutsche im Zwangsarbeitslager „BASstroj – Bogoslowlag des NKWD“ im Einsatz. Nach 1945 bildeten sie einen beträchtlichen Teil der Belegschaft. Im Vordergrund der Staudamm und der Wasserspeicher des Werkes. Quelle: Privatarchiv V. Krieger.

Zeittafel

zur Geschichte der Russlanddeutschen

1652	Endgültige Errichtung der „Deutschen Vorstadt“ („Nemezkaia sloboda“) in Moskau.	1871	Aufhebung der staatlichen Sonderverwaltung der Kolonisten. Sie werden nun als „Siedler-Eigentümer“ ein Teil des russischen Bauernstandes. Deutsche Dörfer und Landkreise behalten die innere Selbstverwaltung, unterstehen jedoch seither der allgemeinen Verwaltung auf Gouvernements- und Bezirksebene.
1702	In einem Berufungsmanifest sichert Peter der Große den einwanderungswilligen Militärs und Fachleuten Religionsfreiheit zu.	1874	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Erste Auswanderungswelle nach Übersee.
1727	In der neuen russischen Hauptstadt St. Petersburg erscheint die erste deutsche Zeitung, die spätere „St. Petersburger Zeitung“ (verboten 1916).	1882-1914	Gründung zahlreicher Tochttersiedlungen in Turkestan, in der kasachischen Steppe, in Sibirien und im Südrural.
22.07.1763	Einladungsmanifest der Zarin Katharina II., vor allem an Handwerker und Ackerbauern. Es beginnt die Zeit der Masseneinwanderung deutscher und anderer Ausländer	1887	Erlass über die Begrenzung des Grundbesitzes für Ausländer in den russischen Westgouvernements.
1764-1773	An der Wolga werden 104 deutsche Siedlungen (Kolonien) angelegt, 45 auf der Bergseite (rechtes Wolgaufer) und 59 auf der Wiesenseite; 66 Kolonien sind lutherisch, 38 katholisch. In Saratow konstituiert sich eine evangelische Gemeinde.	1895	Verbot der Vergabe von Krediten der Bauernbodenbank an deutsche Siedler-Eigentümer.
1765	Gründung der Herrnhuter Kolonie Sarepta (heute Teil von Wolgograd); im Umkreis von St. Petersburg entstehen die "Nördlichen Kolonien", in Neurussland die Belowescher Kolonien bei Kiew.	1897	Zwangsrussifizierung: abrupte Umstellung in deutschen Dorfschulen auf den Unterricht der meisten Fächer in russischer Sprache. Nach 1907 teilweise zurückgenommen.
1789	In Chortitza und Rosental am Dnjepr entstehen die ersten Kolonien deutscher Mennoniten in der Südukraine.	1905	Erste russische Revolution, Unruhen und Aufstände auf dem Lande und in den Städten. 17. Oktober: Zar Nikolaus II. verkündet die Einführung einer gesetzgebenden Reichsduma und die Gewährung bürgerlicher Grundrechte.
1800	Gnadenprivileg Pauls I. für die Mennoniten.	1906	Gründung der „Saratower Deutschen Zeitung“, 1914 verboten und 1917/1918 kurzzeitig wieder erschienen.
1804-1824	Württemberg, Pfälzer, Badener und Elsässer folgen dem Einladungsmanifest Alexanders I. (1804) zur Ansiedlung am Schwarzen Meer (Neurussland, Bessarabien, die Krim).	1914	Nach Ausbruch des I. Weltkrieges werden die 2,5 Millionen Deutsche zahlreichen Restriktionen unterzogen, obwohl ca. 300.000 von ihnen in der russischen Armee Dienst leisten. 18. August: Die Hauptstadt St. Petersburg wird in Petrograd umbenannt.
1817-1818	Einwanderung von Württemberger Separatisten in den Transkaukasus.	1915	„Liquidationsgesetze“. Deutscher Landbesitz soll in einem 150 km tiefen Grenzstreifen zwangsveräußert und russischen Bauern gegeben werden. Die Militärverwaltung ordnet Deportationen der Deutschen aus den frontnahen Gouvernements ins Landesinnere an; vor allem die Baltendeutschen und Wohlynier sind davon betroffen. 26.-29. Mai: Antideutscher Wirtschaftspogrom in Moskau mit mehreren Toten und Verwundeten.
1832	Gesetz über die evangelisch-lutherische Kirche in Russland.	1917	Liquidationsgesetzgebung soll sich praktisch auf das ganze Land erstrecken. 27. Februar: Bürgerliche demokratische Revolution stoppt weitere Zwangsaussiedlungen und -enteignungen. Kongresse der Russlanddeutschen in Moskau, Saratow, Warenburg/Wolga, Slawgorod/Sibirien und Odessa. 25. Oktober: „Oktoberrevolution“, Machtergreifung der Bolschewiki.
1848	Gründung des katholischen Bistums Tiraspol mit Sitz in Saratow.	3.3.1918	Frieden von Brest-Litowsk mit gegenseitiger Repatriierungsklausel für russischstämmige Bürger
1853-1856	Deutsche Siedler unterstützen die russischen Truppenteile im Krimkrieg tatkräftig bei der Versorgung und Krankenpflege.		
1861	In Russland wird die Leibeigenschaft aufgehoben.		
1863	Gründung der „Odessaer Zeitung“. Deutsche Einwanderer aus Schlesien und Polen gehen als Siedler nach Wolhynien.		

Anmerkung: Bis zum 1. Februar 1918 sind alle Daten der russischen Geschichte nach dem Julianischen Kalender (alter Stil - A.S.) angegeben. Ab dem Jahr 1900 betrug der Unterschied zu dem im Westen geltenden Gregorianischen Kalender 13 Tage. Deshalb wurde in der Sowjetunion zum Beispiel der Tag der bolschewistischen Machtergreifung, die so genannte Oktoberrevolution, die am 25. Oktober 1917 (A.S.) stattfand, am 7. November (25. Oktober plus 13 Tage) gefeiert.

3.3. 1918	in Deutschland bzw. deutschstämmige Bürger in Russland.	1936	Haushalten aus der Ukraine werden 69.283 Personen aus den Grenzgebieten nach Kasachstan verbannt; Polen machen dabei mit etwa 75,0% das Gros der Zwangsausgesiedelten aus.
19.10. 1918	Der Rat der Volkskommissare genehmigt per Dekret die Errichtung der Gebietsautonomie (Arbeitskommune) der Wolgadeutschen.	5. Dezember:	Annahme der so genannten Stalinischen Verfassung, die direkte oder indirekte Beschränkungen der Rechte von Personen aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit oder Propagierung von Nationalitätenhass unter Strafe stellt.
1919	Juli-August: bewaffnete Erhebung der deutschen Bauernschaft in Großliebental, Kreis Odessa, gegen bolschewistische Lebensmitteleintreibungen und Mobilisierungen. Oktober-Dezember: Plünderungen, Brandschätzungen, Raub, Verwüstungen, Vergewaltigungen und mehrere hundert Morde gehen auf das Konto der Banden des Anarchisten Machno, insbesondere in den Mennoniten-Siedlungen der Südukraine.	1937- 1938	Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.372.382 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach bislang veröffentlichten Opferlisten und Schätzungen der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ kostete der „Große Terror“ etwa 55.000 Deutschen das Leben.
1921	Auf Revolution und Bürgerkrieg folgt in Russland eine große Hungersnot, verursacht in erster Linie durch falsche Wirtschaftspolitik mit rücksichtslosen Nahrungsmiteleinreibungen, von denen die deutschen Dörfer an der Wolga und im Süden des Landes hart getroffen werden. März-April: Hungeraufstände in mehreren wolgadeutschen Dörfern, die brutal niedergeschlagen werden. März: Unter dem Eindruck der landesweiten Unruhen und Bauernaufstände beschließt die Sowjetführung einen Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP, 1921-1928).	12. Dezember 1937:	Neun Wolgadeutsche in den Obersten Sowjet der UdSSR, das „oberste Organ der Staatsgewalt“, gewählt.
1923	Gründung des Allrussischen Mennonitischen landwirtschaftlichen Vereins (aufgelöst 1928).	1939	Die Anfang des Jahres durchgeführte Volkszählung registriert in der UdSSR 1.427.232 Deutsche oder 0,8% der Gesamtbevölkerung des Landes.
20.2. 1924	Aufwertung des autonomen Gebiets zur Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) mit Pokrowsk, dem späteren Engels, als Hauptstadt.	1939- 1940	Aufgrund der geheimen Absprache der beiden Diktatoren Stalin und Hitler annektiert die Sowjetunion Bessarabien (gehörte zu Rumänien), die Westukraine und Westweißrussland (zu Polen) sowie die unabhängigen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die dort ansässige deutsche Minderheit votiert in überwiegender Mehrheit für Deutschland („Vertragsumsiedler“).
1926	Laut Volkszählung leben in der Sowjetunion 1.238.549 Deutsche, davon in der Ukraine 393.924, in der ASSRdWD 379.630, auf der Krim 43.631 usw. In Moskau erscheint die „Deutsche Zentralzeitung“ (DZZ), die bis 1939 existiert.	1941	22. Juni: Angriff von NS-Deutschland auf die Sowjetunion. 28. August: Verabschiedung des Erlasses über die Aussiedlung der Deutschen aus den Wolgaregionen. Damit legalisiert das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Deportation seiner deutschen Bürger, die zu dieser Zeit bereits voll im Gange ist. Auflösung und Liquidierung aller kulturellen Institutionen: deutsche Museen, Bibliotheken, Theater, Zeitungen, Verlage u.a. Schließung oder Umprofilierung von Bildungsstätten, Verbot des Unterrichts in deutscher Sprache.
1928	Beginn der Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, verbunden mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern („Kulaken“) und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden	7. September:	Territorium der ASSR der Wolgadeutschen geht an die Gebiete Saratow und Stalingrad.
1929	Als Protest gegen Enteignungen und religiöse Verfolgungen brechen im November und Dezember an die 14 000 Deutsche mit ihren Familien auf. Sie fordern freie Ausreise aus dem Land. Insgesamt gelingt es 5 671 von ihnen, über Deutschland nach Amerika auszuwandern.	1942	Durch geheime Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert.
6.1. 1930	Offizielle Eröffnung der ersten Hochschule mit deutscher Unterrichtsprache, des „Deutschen Pädagogischen Instituts“ in Engels.	1943- 1944	Etwa 340.000 Schwarzmeerdeutsche, die in den nationalsozialistischen Herrschaftsbereich geraten sind, werden beim Rückzug der Wehrmacht in den Warthegau umgesiedelt und erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft („Administrativumsiedler“).
1933- 1934	Zweite große Hungersnot an der Wolga, in Kasachstan und in der Ukraine; eine Folge der überstürzten Kollektivierung, die besonders die Landbevölkerung trifft.	1945	8. Januar: Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Deutschen und anderen deportierten Völkern, Tschetschenen, Kalmücken, Krimtataren u.a., werden kollektiv des Vaterlandsverrats beschuldigt und nach Sibirien und Zentralasien deportiert.
1936	Nach einem Regierungsbeschluss über die Aussiedlung von 15.000 polnischen und deutschen		

- 1945 tierten Völker. Einrichtung von Sonderkommandanturen zur besseren Kontrolle der Sondersiedler.
8. (9.) Mai: Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Zwangsrepatriierung von ca. 210.000 „Administrativumsiedlern“.
- 26.11. 1948 Verschärfung der Bedingungen für Deutsche und andere Sondersiedler durch ein Dekret, das die Verbannung „auf ewig“ festschreibt und für unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes 20 Jahre Zwangsarbeit vorsieht und auch verhängt.
- 5.3. 1953 Stalins Tod. Vorsichtige Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft, beginnende Rehabilitierung der Opfer politischer Justiz, schrittweise Verbesserung der Lage der deportierten Völker.
- 5.7. 1954 Regierungsbeschluss „Über die Aufhebung einiger Einschränkungen in der Rechtsstellung der Sondersiedler“.
- 1955 **22. Februar:** Bundesrepublik Deutschland erkennt Einbürgerungen aus der Kriegszeit an.
9.-13. September: Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau. Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
13. Dezember: Erlass über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der deutschen Sondersiedler und ihre Befreiung von der Kommandanturaufsicht.
- 1957 Die Wiederherstellung der autonomen Gebiete und Republiken der Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaen und Inguschen führt zur offiziellen Beseitigung des Verratsvorwurfes, bringt eine begrenzte materielle Entschädigung mit sich und bewirkt ein gewisses sprachlichkulturelles und soziales Fortkommen dieser Völker. Dagegen verweigert man den Deutschen (und den Krimtataren) jegliche substantielle Wiedergutmachung.
 In Moskau erscheint die überregionale deutschsprachige Zeitung „Neues Leben“.
- 6.4. 1958 Deutsch-sowjetische Übereinkunft über die Zusammenarbeit des Roten Kreuzes eröffnet Perspektiven für die Familienzusammenführung.
- 29.8. 1964 Aufgrund zahlreicher Protestbriefe und Eingaben erscheint ein Dekret über die Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen.
- 1965 Zwei Abordnungen von Russlanddeutschen reisen nach Moskau und versuchen vergeblich, eine Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga zu erreichen. Enttäuschung und verstärkter Wunsch, in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern, um dort Glaubens- und Gewissensfreiheit, rechtliche Gleichheit und die erhoffte sprachlich-kulturelle Umgebung zu finden.
- 1970 In der Sowjetunion leben laut Volkszählung 1.846.317 Deutsche. 66,8 % von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an; nur 342 Russlanddeutsche dürfen ausreisen.
12. August: Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.
- 1971-1982 Über 70.000 Russlanddeutsche profitieren von der Ost-West-Entspannung. Sie dürfen nach Deutschland ausreisen.
- 3.11. 1972 Russlanddeutschen, Griechen, Bulgaren und Armeniern wird per Ukas zugesagt, dass sie wieder frei ihren Wohnsitz wählen können.
- 30.9. 1973 In Karaganda, Kasachstan, demonstrieren etwa 400 ausreisewillige Deutsche, die mit Gewalt auseinander getrieben werden.
- 1979 Scheinversuch der Einrichtung eines deutschen autonomen Gebiets im Norden Kasachstans.
- 26.12. 1980 In Temirtau, Kasachstan, wird ein deutschsprachiges Theater eröffnet, das 1990 nach Alma-Ata umzieht und heute nur noch ein bescheidenes Dasein fristet, zumal die meisten Schauspieler nach Deutschland ausgereist sind.
- 28.12. 1984 Das Politbüro des ZK der KPdSU beschließt Maßnahmen gegen die „propagandistische Kampagne im Westen rund um die Lage der sowjetischen Bürger deutscher Nationalität in der Sowjetunion“.
- 1986 Im Dezember finden schwere ethnische Unruhen in der kasachischen Metropole Alma-Ata statt, die zum ersten Mal öffentlich zur Sprache kommen. Sie dienen als Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit zahlreichen ungelösten Nationalitätenproblemen des Landes, darunter auch der Frage der deutschen Minderheit.
- 1.1. 1987 Nach dem Inkrafttreten des neuen sowjetischen Gesetzes über die Ausreise und Einreise steigen die Aussiedlerzahlen und erreichen in den folgenden Jahren ungeahnte Ausmaße.
- 1989-1991 Massive Proteste an der Wolga gegen die Rückkehr der Deutschen und die Wiederherstellung der autonomen Republik.
- 1989 In der UdSSR gibt es laut Volkszählung 2.036.000 Deutsche; nur 48,7% von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an.
 Im **März** wird in Moskau die Gesellschaft „Wiedergeburt“ gegründet, die sich als erstes Ziel die Wiedererrichtung der deutschen Autonomie setzt.
14. November: Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Gewähr der Rechte dieser Völker“.
- 9.11. 1990 Ein Vertrag zwischen Deutschland und der UdSSR ermöglicht u.a. deutschen Sowjetbürgern die Pflege ihrer nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität. Wird von Russland als Rechtsnachfolgerin der UdSSR übernommen.
- 1991 **24. April:** Russland erklärt mit dem Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ die seinerzeitigen Repressionen gegen Russlanddeutsche und andere Völker für gesetzwidrig und verbrecherisch.
1. Juli: In der Region Altai, Sibirien, wird der 1938 aufgelöste deutsche Landkreis Halbstadt wieder hergestellt.

- 1992** **8. Januar:** In einer Rede im Gebiet Saratow erteilt der amtierende Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, den Autonomieplänen eine unmissverständliche Absage.
17. Februar: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation über die Gründung des deutschen Landkreises Azowo im Gebiet Omsk, Sibirien.
21. Februar: Ukas „Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen“, in dem ein deutscher nationaler Rayon im Gebiet Saratow und ein deutscher Landkreis im Gebiet Wolgograd vorgesehen sind. Diese Entscheidungen bleiben auf dem Papier.
- 1993** Nach dem Zerfall der UdSSR und dem Rücktritt Gorbatschows am 25. Dezember 1991 haben sich die Aktivitäten der ehemaligen Sowjetdeutschen in ihre Aufenthaltsorte in der GUS und in Deutschland verlagert. Die Ausreisepflicht erreichen ungeahnte Ausmaße von 200.000 und mehr pro Jahr und können auch durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 1. Januar 1993 nicht gesenkt werden, da bereits zu viele ausreisewillige Bürger der GUS auf gepackten Koffern sitzen.
- 1994** Der Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, lässt die Nachricht verbreiten, 400.000 Deutsche in ihren früheren Wohngebieten im Süden der Ukraine aufzunehmen, doch bereits am 14. April erklärt das deutschsprachige „Neue Leben“ in Moskau das Projekt Krawtschuks für gescheitert.
- 1995** In Kiew wird die anlässlich der 200-Jahr-Feier von Odessa 1994 konzipierte Wanderausstellung „Geschichte und Wirken der Deutschen in Odessa und im Schwarzmeergebiet“ präsentiert. In Moskau treten Wissenschaftler aus der GUS und Deutschland zusammen, um eine vierbändige Enzyklopädie „Die Deutschen Russlands“ zu erstellen.
- 1996** Die Bundesregierung versucht durch die Einführung von Sprachtests und anderen restriktiven Maßnahmen die hohen Einwanderungszahlen (1995: 172 . 181) zu drosseln. In den folgenden zehn Jahren gehen die Zahlen kontinuierlich bis auf unter 10.000 im Jahr 2006 zurück.
- 1997** **Mai:** Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt bei einem Besuch in Almaty (Kasachstan) die Positionen der Bundesregierung, indem er die Deutschen zum Verbleib in Kasachstan ermutigt, gleichzeitig aber die Rechtsposition bestätigt, dass Deutsche auch weiterhin nach Deutschland ausreisen dürfen.
2. September: Bundespräsident Roman Herzog eröffnet in Moskau ein Haus der Russlanddeutschen als Zentrum der Begegnung von Deutschen und Russen. Mit deutscher Hilfe entstehen ähnliche Begegnungsstätten auch im Raum St. Petersburg, in Kasachstan und im Altaigebiet.
- 1998** **23. August:** Einweihung eines neuen Gotteshauses der Baptisten in Kaliningrad.
29. Oktober: Die evangelischen Christen in Kiew erhalten ihre 1938 enteignete Katharinenkirche zurück.
- 1998** In der Nähe von St. Petersburg werden die ersten Wohnhäuser für deutsche Umsiedler fertig. Deutschsprachige Veranstaltungen erhalten überraschend starken Zulauf.
- 1999** Der Nachfolger von Dr. Horst Waffenschmidt (CDU) als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, Jochen Welt (SPD), verspricht keine Kehrtwende, aber neue Akzente in der Aussiedlerpolitik in Richtung kleinerer, aber gezielterer Projekte.
 In Russland gibt es vier Apostolische Administraturen (die 2002 zu Diözesen erhoben werden), ca. 200 registrierte Pfarreien, davon 40 ohne eigene Kirche. Die Priester kommen größtenteils aus dem Ausland.
- 2000** Wladimir Putin löst Boris Jelzin als Präsident der Russischen Föderation ab. Die Welt erwartet von ihm mehr Demokratie. Die Russlanddeutschen warten ebenfalls ab und richten ihre Blicke weiterhin in Richtung Deutschland.
 In Irkutsk wird im September 2000 die „Kapelle des Friedens und der Versöhnung“ eingeweiht, eine Gedenkstätte mit 14 Tafeln, auf denen die Namen der schlimmsten Straflager der UdSSR eingemeißelt sind.
- 2001** Papst Johannes Paul II. wendet sich bei einem Besuch Kasachstans an die Deutschen und sagt: „Durch eure Leistungen ist es euch gelungen, die Lebensleistungen in diesem weiten Land zu verbessern.“
- 2002** In Moskau findet im Mai ein dreitägiges deutsch-russisches Jugendforum unter der Schirmherrschaft der Ehefrauen von Wladimir Putin und Gerhard Schröder statt.
- 2003** Aus Nischni Tagil und Krasnoturinsk im mittleren Ural sowie zahlreichen anderen Städten Russlands werden Initiativen zum Gedenken an den Jahrestag des Ukases vom 28. August 1941 über die Verbannung der Russlanddeutschen gemeldet und Gedenktafeln enthüllt.
- 2004** **28. August:** Einweihung einer russlanddeutschen Gedenkstätte in Archangelsk.
 Zunehmende Aktivität vermeldet die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“, die sehr umfangreiche Gedenkbücher mit Tausenden von Namen und Daten aus den sowjetischen Kriegs- und Terrorjahren veröffentlicht. Am **5. Dezember** erhält die Gesellschaft den „Alternativen Nobelpreis“.
- 2005** **1. Januar:** Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft.
Dezember: Im Altai wird nach 48 Jahren mit der „Zeitung für Dich“ die dienstälteste deutschsprachige Zeitung in Russland geschlossen.
- 2006** Im Juni spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Russlandbesuches in Tomsk mit Russlanddeutschen. „Es war ein sehr offenes und sehr intensives Gespräch, oft mit unterschiedlichen Meinungen“, beschreibt die Bundeskanzlerin selbst ihre Eindrücke von der Reise nach Sibirien.

Nach Stalins Tod: Zögerliche Teilrehabilitierung

Gleich nach dem Tod Stalins setzte eine Rehabilitierung von Opfern der politischen Strafjustiz ein. Diese war allerdings vorerst auf Angehörige der Führungselite und einige Opfergruppen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre beschränkt. Die Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, in der er zwar bruchstückhaft, aber deutlich genug das Ausmaß der von Stalin begangenen Verbrechen vor Augen führte, gab der „Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ zusätzlichen Antrieb.

Zwischen 1954 und 1961 wurden 737.182 Personen gerichtlich rehabilitiert. In den 26 Jahren von 1962 bis 1987 wurden jedoch nur noch 157.055 willkürliche Urteilsprüche aufgehoben. Unter diesen größtenteils nach ihrem Tod Rehabilitierten befanden sich auch Zehntausende von Russlanddeutschen, die bis in die 1950er Jahre hinein zu Opfern der politischen Strafjustiz geworden waren.

Die Grenzen der Wiedergutmachungspolitik waren jedoch sehr eng gezogen: In Betracht gezogen wurden lediglich strafrechtliche Verurteilungen durch ein ordentliches Gericht bzw. durch andere Organe mit gerichtlichen Befugnissen. Folgende Unrechtstaten konnten weder juristisch angefochten werden noch zu Schadensersatzklagen führen:

- willkürliche Erschießungen und Verhaftungen während des Bürgerkriegs;
- Enteignungen im Zuge der Kollektivierung;
- Deportationen und Verbannungen;
- Auflösung der Wolgadeutschen Republik;
- Einweisungen in Zwangsarbeitslager.

Ende der Sonderkommandantur

Gleichzeitig verbesserte sich Schritt für Schritt die Situation der deportierten Völker: Am 5. Juli 1954 erließ der Ministerrat der

Sowjetunion die Verordnung „Über die Aufhebung einiger Einschränkungen in der Rechtsstellung der Sondersiedler“, derzufolge Kinder bis zum 16. Lebensjahr von der Registrierung als Sondersiedler befreit wurden. Erwachsene mussten sich jetzt nur noch einmal im Jahr anmelden und konnten ihren Wohnort in den Grenzen einer Verwaltungseinheit (Gebiet, Region) selbstständig wechseln. Ferner wurden Geldstrafen und Arreste wegen Verstößen gegen das Sonderregime abgeschafft.

Einige Tage später folgte die Aufhebung des Erlasses vom 26. November 1948, der die Verbannung auf „ewig“ festgelegt hatte. Und schließlich schaffte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR im Erlass vom 13. Dezember 1955 den Status als Sondersiedler für die Deutschen ab. Einige Monate später erfolgte das auch für andere deportierte Völker.

Keine vollständige Wiederherstellung der Rechte

Bei aller Bedeutung dieser Erlasse und Anordnungen kann keine Rede davon sein, dass die Rechte der Opfer des Stalinismus vollständig wieder hergestellt wurden. Auf den Deutschen lastete weiterhin der Vorwurf des Vaterlandsverrates. Eine Art regierungsamtlicher Begnadigung fand allein deshalb statt, weil die Beschränkungen der Rechte dieser Personen für „nicht mehr notwendig“ erachtet wurden. Für Stalins „Erben“ gab es keinen Zweifel an der Richtigkeit der Deportationsmaßnahmen. Unmissverständlich kam das in dem Erlass vom 13. Dezember 1955 zum Ausdruck. Darin wurde erklärt, dass die Verbannten „nicht das Recht haben, an die Orte zurückzukehren“, aus denen sie ausgesiedelt worden waren. Außerdem heißt es in dem Erlass, dass die Aufhebung des Status von Sondersiedlern nicht „die Rückgabe des Vermögens, das bei der Verschickung konfisziert worden ist“ nach sich ziehe. Die Betroffenen mussten schriftlich auf die Rückkehr in ihre früheren Wohnorte und ihr Vermögen verzichten.



1993, Friedhof von Iwanowka, Gebiet Semipalatinsk: Gedenken an die Opfer der stalinistischen Repressionen.

Bild: Jakob Hettinger

Protest, Verweigerung und Widerstand in einem Unrechtstaat

Die ungesühnten Verbrechen des Stalinismus und fortgesetzte Benachteiligungen lösten bei einem beträchtlichen Teil der Deutschen eine Protesthaltung aus, die sich in verschiedenen Formen äußerte.

Halbherzige Wiedergutmachung

Zum einen handelte es sich um Bemühungen zur Wiederherstellung der autonomen Republik. Zahlreiche Eingaben, Bittschriften und Vorsprachen führten dazu, dass im Frühling 1964 eine vom ZK der KPdSU eingesetzte Kommission sich mit dieser Angelegenheit befasste.

Die Parteispitze entschloss sich zu einem halbherzigen Wiedergutmachungsakt: Am 13. August wurde dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR der Entwurf eines Ukases zur wolgadeutschen Frage vorgelegt. Das oberste Staatsorgan bestätigte zwei Wochen später die eingereichte Vorlage im Wortlaut, und so entstand der bekannte Erlass vom 29. August 1964. Dieser Rechtsakt hob allerdings nur die Anschuldigungen einer aktiven Unterstützung Hitler-Deutschlands auf.

Zwei Abordnungen deutscher Aktivisten sprachen im Januar und Juli 1965 mit den Verantwortlichen in Moskau über die vollständige Rehabilitation der Volksgruppe. Sie konnten ihr Ziel aber nicht erreichen. Bezeichnend die Reaktion des einst glühenden Bolschewiken und jetzigen Leiters der zweiten Delegation, Friedrich Schessler. Hinsichtlich der Verweigerungspolitik der zentralen und lokalen Behörden meinte er: „Darüber empfindet man nur Abscheu, und manchmal will man einfach diesen Dreck nicht sehen, diesen ganzen Mist, an den man früher geglaubt hatte, dem man huldigte und den man verehrte wie ein Heiligtum.“

Auswanderungsbestrebungen

Durch die Absage an die Gleichstellung der deutschen Minderheit bekamen zum anderen die Befürworter einer Auswanderung in die Bundesrepublik zusätzlichen Auftrieb. Der Entschluss auszureisen fiel umso leichter, als die sowjetische Politik der Enteignung und Vertreibung den einst fest verwurzelten deutschen Bauern oder Handwerker zu einem mittellosen Proletarier herabgewürdigt hatte.

Der Wunsch, die Sowjetunion zu verlassen, war vor allem bei denjenigen Schwarzmeerdeutschen stark ausgeprägt, die 1941 unter reichsdeutsche bzw. rumänische Besatzung geraten und 1943-44 in den Warthegau oder das Altreich umgesiedelt worden waren. Fast alle hatten zu dieser Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben.

Die Sowjetunion erkannte ihre Einbürgerung niemals an und „repatriierte“ die etwa 210.000 so genannten Administrativum-siedler, größtenteils gegen ihren Willen. Sie verhielten sich kritisch dem Sowjetstaat und der kommunistischen Ideologie gegenüber. Zumal fast jeder von ihnen eine Liste von Verwandten vorzeigen konnte, die durch sowjetische Organe enteignet, verfolgt, zwangsausgesiedelt oder ermordet worden waren.

Die Bundesrepublik erkannte diese Personen 1955 als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes an. Dadurch waren die Vorausset-



Teilnehmer der zweiten Delegation der Russlanddeutschen, die 1965 in Moskau die Wiederherstellung der Wolgarepublik forderte. Erste Reihe, 4. von rechts: Friedrich Schessler; die Frau hinter ihm ist Maria Vogel, die Mutter des weltberühmten Komponisten Alfred Schnittke. Quelle: Privatarhiv M. Helfenbein.

zungen zu ihrer Einwanderung und Eingliederung geschaffen. Der Sowjetstaat antwortete mit einer teilweisen Zulassung der „Familienzusammenführung“, vor allem aber mit Unterdrückungsmaßnahmen: Allein in den Jahren 1974 bis 1977 wurden nicht weniger als 42 ausreisewillige Deutsche wegen ihrem Ansinnen verhaftet und abgeurteilt.

Rückhalt im Glauben

Schließlich fanden viele Deutsche geistigen Halt und Geborgenheit in kirchlichen Gemeinschaften. Nach Aufhebung des Sonderregimes und der vorzeitigen Entlassung der verurteilten Prediger und Gläubigen aus den Straflagern ab Mitte der 1950er Jahre entstanden Hunderte von Brüdergemeinden.

Allein in den Jahren 1962-64 wurden jedoch Dutzende deutscher Prediger und Gemeindemitglieder verurteilt oder aus ihren Wohnorten vertrieben; in erster Linie waren davon die Initiativ-Baptisten betroffen. Ende der sechziger Jahre nahmen die Drangsalierungen wieder zu. So verurteilte im April 1969 ein Volksgericht im Gebiet Alma-Ata Iwan (Johann) Stephan und Albin Klassen zu drei Jahren Straflager. Ihnen wurde zur Last gelegt, Literatur „verleumderischen Charakters über die sowjetische Wirklichkeit“ zu besitzen sowie diese vervielfältigt und unter ihren Glaubensbrüdern verbreitet zu haben. Ferner hätten sie eine Sommerschule für Kinder organisiert, in der sie „Minderjährige in Religionslehre unterrichteten“.

Auswanderungswillige, Militärdienstverweigerer, Mitglieder nicht registrierter Kirchengemeinden, Empfänger ausländischer Hilfspakete und Aktivisten der Bewegung für die Wiederherstellung der Wolgadeutschen Republik waren dem moralischem Druck seitens Arbeitskollegen und gesellschaftlicher Organisationen wie der Kommunistischen Partei, dem Jugendverband Komsomol oder den Gewerkschaften ausgesetzt. Oft wurden sie eingeschüchert, überwacht und geheimpolizeilich und strafrechtlich verfolgt.

Mit dem beharrlichen Einfordern ihrer religiösen, bürgerlichen und nationalen Rechte leisteten die Russlanddeutschen ihren Beitrag zum Zusammenbruch des sowjetischen Unrechtsstaates.

1956-1985: Nur teilweise Normalisierung - Benachteiligungen halten an

Die allgemeine Liberalisierung nach Stalins Tod und die Aufhebung der Kommandanturaufsicht 1955 führten an offizieller Stelle zu verstärkten Bemühungen um eine bessere Eingliederung der ehemaligen deutschen Sondersiedler und Zwangsarbeiter in die Arbeits- und Sozialverhältnisse der Sowjetgesellschaft.

Für die Betroffenen bedeutete das beispielsweise:

- Es eröffneten sich Möglichkeiten einer begrenzten Orts- und Berufswahl.
- Ermöglicht wurde auch ein offener Zugang zur allgemeinbildenden Mittelschule und zur Fachausbildung.
- Teilweise wurden sie zum Studium an Hochschulen zugelassen, vornehmlich im technischen, landwirtschaftlichen und pädagogischen Bereich.
- Eine vorsichtige Parteaufnahme setzte ein, und Russlanddeutsche wurden wieder in die sowjetische Armee rekrutiert.
- Man leitete Schritte zur geringfügigen Berücksichtigung nationaler Bedürfnisse ein. Das führte zur Zulassung einer zentralen und zweier regionaler deutschsprachiger Zeitungen, zur Ausstrahlung von Radiosendungen, zur Einführung des Schulfaches "Deutsch als Muttersprache" in bescheidenem Umfang und zur Genehmigung einiger Gesang- und Tanzgruppen.



Demonstration in den 1970er Jahren gegen die Diskriminierung der Deutschen in der Sowjetunion.

Im Gegensatz zu anderen deportierten Völkern wie den Tschechen, Kalmücken oder Balkaren lehnte die Sowjetführung die Wiederherstellung der gesetzwidrig aufgelösten Autonomen Republik der Wolgadeutschen hartnäckig ab. Dieser Umstand brachte schwerwiegende Nachteile mit sich und verhinderte eine wirkliche Gleichstellung der Deutschen mit anderen Sowjetvölkern. Im Vielvölkerstaat UdSSR waren wichtige politische, sprachliche, kulturelle und andere Rechte einzelner Völker an das Vorhandensein einer Gebietsautonomie gebunden. Im Einzelnen seien genannt:

- ungehinderter Zugang zum Studium (Universität, pädagogische und technische Hoch- und Fachhochschulen);
- berufliche Aufstiegschancen;
- Unterricht in der Muttersprache;
- kulturelle Förderung (nationale Museen, Theater, Kultur- und Geschichtsinstitute, Verlage, Zeitungs- und Zeitschriftenwesen etc.);
- politische Vertretung und Teilhabe an der Macht.

Nehmen wir als Beispiel das Gebiet Nowosibirsk. Dort waren die Deutschen laut der Volkszählung von 1979 in anspruchslosen manuellen Berufen überdurchschnittlich stark vertreten. Die Deutschen stellten 2,4% der Bevölkerung des Gebietes, aber 6,3% aller Traktorführer und 9,1% der Schweinezüchter. Dagegen war ihr Anteil in intellektuellen Be-

Altersgruppen	Von 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe besaßen 1979 in Kasachstan einen Hochschulabschluss				
	Deutsche	Kasachen	Russen	Tataren	Usbeken
10 Jahre und älter	24	56	69	61	40
davon					
20-29-Jährige	40	88	90	76	62
30-39-Jährige	68	154	144	124	105
40-49-Jährige	26	107	101	86	79
50-59-Jährige	11	58	61	65	38
60-69-Jährige	13	20	26	37	20
70-Jährige und älter	7	4	13	13	4

Stichjahr	Anzahl der Parteimitglieder auf 1.000 Personen entsprechender Nationalität in Kasachstan					
	Deutsche	Kasachen	Russen	Ukrainer	Tataren	Koreaner
1959	3,8	39,4	32,7	44,3	33,2	31,2
1970	16,0	45,1	44,0	63,2	40,4	52,3
1979	27,1	53,3	49,6	70,3	48,1	62,4
1989	32,0	53,8	51,8	70,1	52,9	64,6



Feldarbeiter in Kirgisien in den 1960er Jahren.

schäftigungen verschwindend gering. Bei Hochschullehrern waren es 0,85%, bei Literaten 0,71% und bei Führungskräften 0,69%.

Mitgliedschaft in der Partei und universitäre Bildung waren Voraussetzungen für gesellschaftliches Ansehen und sozialen Aufstieg in der Sowjetunion. Doch gerade hinsichtlich der akademischen Ausbildung war die deutsche Minderheit gegenüber anderen etablierten Nationalitäten deutlich ins Hintertreffen geraten. Dieser Rückstand verlief quer durch alle Altersgruppen.

Besonders schwer hatten es die Angehörigen der Erlebnissgeneration der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre. Sie wiesen den geringsten Anteil an Gebildeten auf und konnten diesen Nachteil auch mit Fern- oder Abendstudium nicht mehr wettmachen. Auf der anderen Seite verlor die höhere Fachausbildung ab den 1960er Jahren an Bedeutung und Attraktivität. Deren Absolventen konnten bestenfalls die untersten Führungspositionen (Brigadier, Farm- oder Abteilungsleiter) besetzen. Angesichts des dauerhaften Mangels an Bewerbern wurden sogar praktizie-

Jakob Gering

geb. 1932, gest. 1984

Einer der bekanntesten Landwirtschaftsleiter in der Sowjetunion, Vorsitzender der rentabelsten Kolchose in Kasachstan, „Held der sozialistischen Arbeit“, Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, Träger von Staatspreisen. Gering wurde



Aussicht auf Konstantinowka, Gebiet Pawlodar, die Zentralsiedlung der profitabelsten Kolchose in Kasachstan, der Jakob Gering mehrere Jahre vorstand. Quelle: Ost-West-Dialog 2/1997, S. 58.

in der Winzersiedlung Luxemburg (ehem. Katharinenfeld) in Georgien geboren und 1941 nach Kasachstan deportiert.

Eine Zeitlang arbeitete er in Kohlengruben, verspürte aber Bildungsdrang und schloss 1956 ein veterinärmedizinisches Technikum ab. Ab 1959 stand er der Kolchose „30 Jahre Kasachstan“ im Gebiet Pawlodar vor. Mit Hilfe von Bewässerungsanlagen und Rassezüchtung von Milchkühen legte er den

Grundstein für den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes. Guten Absatz fanden Erzeugnisse aus mehreren Tierfarmen und Gewächshäusern, aus der eigenen Ziegelei, der Mineralwasser- und Wurstfabrik. In der Zentralsiedlung Konstantinowka, 1907 von deutschen Übersiedlern aus dem Schwarzmeergebiet gegründet, befanden sich neben einem modernen Krankenhaus eine wissenschaftliche Versuchstation, eine Musikschule, ein landwirtschaftliches Technikum und ein in der Sowjetunion einmaliger Dorf-Zoo.

Gering war ein selbstbewusster Mensch und leugnete nie seine Herkunft. Zeit seines Lebens schmerzte ihn die bedrängte Lage seiner Landsleute. Gering ließ im Dorf ein Heimatmuseum einrichten, das die Geschichte der deutschen Einwanderung nach Kasachstan und ihr Leben zeigte. Tatkräftig unterstützte er das 1974 gegründete und später im ganzen Land bekannte Folklorensemble „Ährgold“. Er regte an, dass die Kolchose jährlich die besten Werke russlanddeutscher Autoren mit Geldpreisen würdigte.

rende Gläubige zur Ausbildung zugelassen. Daher durften die Deutschen relativ ungehindert qualifizierte technische, soziale und Arbeiterberufe erlernen.

Während des Krieges und unter der Sonderaufsicht gab es für die Deutschen keine Aufnahme in die herrschende Kommunistische Partei. Im Laufe der Zeit sahen die ideologischen Organe jedoch ein, dass Parteimitgliedschaften und Aufstiegsmöglichkeiten bis zu einem gewissen Grad zugelassen werden mussten, um die Deportierten besser kontrollieren zu können.

Unter den Funktionären auf Rayons-, Gebiets- oder Republiksebene stellten die Deutschen jedoch nur eine verschwindend kleine Minderheit. Das legt den Schluss nahe, dass ihnen von Anfang an nur die Rolle einfacher Parteisolddaten zugeordnet war. Wie aus der Zusammenstellung auf der vorigen Seite hervorgeht, waren sie in der Kommunistischen Partei stets schwächer vertreten als andere Völker.

Gemäß der Devise "Teile und herrsche!" versuchte die Moskauer Führung 1979 ein deutsches autonomes Gebiet unweit von Zelinograd (heute Astana) zu gründen. Dieses Vorhaben, das selbstverständlich mit den Betroffenen nicht abgesprochen war, scheiterte am Widerstand der kasachischen Funktionäre und der örtlichen Bevölkerung.

In der Regel wurden die Deutschen von ihren Kollegen und Vorgesetzten als zuverlässige und tüchtige Arbeitskräfte hoch geschätzt. In ihren Siedlungsgebieten kam es nur selten zu Konflikten mit Angehörigen anderer Völker; mit ihren Nachbarn kamen sie offensichtlich gut aus. Die Zahl der Mischehen, vor allem mit russischen und ukrainischen Partnern, nahm nach der Aufhebung des Sondersiedlerstatus ständig zu. Das kann als deutliches Zeichen für eine fortschreitende Normalisierung im Alltagsleben gewertet werden. Es sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass Feindseligkeiten und Beleidigungen - als Deutsche oder Faschisten - noch bis in die 1980er Jahre hinein keine Ausnahme waren.

Obwohl in der intellektuellen Entwicklung stark unterdrückt, hinterließen die Deutschen auch im geistigen und gesellschaftlichen Leben der Sowjetunion nicht zu übersehende Spuren. Man denke nur an bedeutende Wissenschaftler, Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wie Boris Rauschenbach (1915-2001) und Eugen Pinnecker (1926-2001), oder an Erwin Gossen und Ernst Boos, beide Mitglieder der Nationalen Akademie der Republik Kasachstan.



Boris Rauschenbach

Weltberühmt sind die Namen der Pianisten Swjatoslaw Richter (1915-1997) und Rudolf Kehr, der Olympiasieger im Gewichtheben, Rudolf Pflugfelder und David Riegert, oder der Schauspieler Alice und Bruno Freundlich (1909-2002).



Anerkennung für geleistete Arbeit.

Territoriale Verschiebungen nach 1941

Vor dem Zweiten Weltkrieg wohnten nur etwa 20% der Russlanddeutschen im asiatischen Teil der Sowjetunion. Die meisten von ihnen lebten in kompakten Siedlungsgebieten auf dem Land. 50 Jahre später waren sie verstreut vor allem in Kasachstan und Kirgisien, in Sibirien und dem Ural anzutreffen. Dort lebten die meisten Deutschen nun in Städten (52,8%) und auf dem Land (47,2%) zusammen mit Angehörigen anderer Völker und unterschiedlicher Konfessionen.

Republiken und Regionen	Volkszählung 17. Jan. 1939	Volkszählung 12. Jan. 1989
UdSSR insgesamt	1.427.232	2.038.341
davon RSFSR	862.504	842.033
unter anderem in:		
ASSR der Wolgadeutschen*	366.685	--
Gebiete Saratow und Stalingrad (Wolgograd)	66.721	45.076
Nordkaukasus (ohne autonome Republiken)	109.994	52.453
Sibirien	105.391	470.763
ASSR Krim**	51.299	--
Ural	38.441	157.447
andere Regionen der RSFSR	123.673	116.294
Ukrainische SSR	392.458	37.849
Kasachische SSR	92.571	957.518
Aserbeidschanische SSR	23.133	748
Georgische SSR	20.527	1.546
Kirgisische SSR	11.741	101.309
Usbekische SSR	10.049	39.809
Weißrussische SSR	8.448	3.517
Turkmenische SSR	3.346	4.434
Tadschikische SSR	2.022	32.671
Armenische SSR	433	265
Moldauische SSR	--	7.335
Estnische SSR	--	3.466
Lettische SSR	--	3.783
Litauische SSR	--	2.058

* Nach 1941 wurde das Territorium der ASSR der Wolgadeutschen zwischen den Gebieten Saratow und Stalingrad (seit 1961 Wolgograd) aufgeteilt.

** Nach 1954 gehörte das Gebiet Krim (seit 1990 wieder eine Autonome Republik) zur Ukraine.

Perestrojka: Politischer Aufbruch und kulturelle Wiederbelebung

Die Liberalisierung nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow schuf gewisse Voraussetzungen für die unvoreingenommene Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Minderheit und ihre vollständige Rehabilitation.

Die Wichtigkeit der nationalen Frage wurde der Kremlführung erst nach schweren ethnischen Unruhen in der kasachischen Metropole Alma-Ata im Dezember 1986 deutlich genug bewusst. Die nationale Erhebung wurde diesmal nicht wie üblich verschwiegen und bildete den Ausgangspunkt für eine immer offenere Diskussion über ungelöste Nationalitätenprobleme.

Unter den Deutschen bildeten sich Gruppen von Aktivisten, die 1988 eine dritte und danach eine vierte Delegation nach Moskau zusammenstellten, die die Wiederherstellung der Wolgarepublik forderten. Vor allem Intellektuelle nahmen an diesem Kampf teil. Als namensgebende Nation einer künftigen Gebietsautonomie erhofften sie sich bessere Chancen im harten Kampf um Studienplätze an Universitäten oder Stellen für Akademiker bzw. größere Aufstiegsmöglichkeiten. Besonders galt das für Kasachstan und die anderen zentralasiatischen Republiken. Als engagierte Vertreterin der nationalen Interessen trat die im März 1989 gebildete Gesellschaft „Wiedergeburt“ auf.

Zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren fand im Juni 1989 in Alma-Ata eine wissenschaftliche Konferenz über die Geschichte und Kultur der deutschen Minderheit statt. Zahlreiche Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehsendungen sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen gingen auf die Geschichte und Gegenwart der lange Zeit totgeschwiegenen Minderheit ein. Und es wurde über die Bedeutung der Deutschen für die geistige, wirtschaftliche und politische Entwicklung Russlands berichtet.

Das im Dezember 1980 eröffnete Deutsche Theater in Temirtau (später in Alma-Ata) veranstaltete mit viel Erfolg Festivals der deutschen Kultur und Kunst. Gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten wurden im Wesentlichen von der berechtigten Hoffnung auf eine positive Lösung des „deutschen Problems“ getragen.

Meilensteine auf dem Weg zur Wiederherstellung der geschichtlichen Gerechtigkeit stellten die beiden folgenden Rechtsakte dar:

- die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Gewähr der Rechte dieser Völker“ vom 14. November 1989;
- das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitation der repressierten Völker“ vom 26. April 1991.

Nicht vergessen werden darf die ehrenhafte Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen wie „Memorial“. Sie kümmern sich um eine vollständige Rehabilitation der Opfer der staatlichen Willkür und sind maßgeblich am Abbau von antideutschen Vorurteilen beteiligt.

Immer wieder kam es jedoch zu Rückschlägen. Zu schwerwiegend waren die patriotischen, großrussischen, antiwestlichen, und deutschfeindlichen Hinterlassenschaften des Stalinismus. Und zu tiefe Spuren hatte der propagandistische Missbrauch der Kriegserinnerungen in der sowjetischen bzw. russischen Gesellschaft hinterlassen.

Um so erfolgreicher konnte daher die ortsansässige Bevölkerung an der Wolga Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre gegen die Wiederherstellung der Deutschen autonomen Republik aufgebracht werden. Man bediente sich dabei - offen und verborgen - deutschfeindlicher Schlagworte, die an die heldenhaften Kriegsjahre und Feindbilder des Kalten Krieges anknüpften.

Der Ende der 1980er Jahre erneut unternommene Versuch, die Russlanddeutschen zu einem gleichberechtigten sowjetischen bzw. russischen Volk mit einem autonomen Gebiet werden zu lassen, scheiterte. Unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen entlud sich der über Jahrzehnte angestaute Unmut in einer riesigen Auswanderungswelle, die das seit 1941 bestehende Problem der deutschen Minderheit nun endgültig zu lösen scheint.



Während die einen (linkes Bild) gegen die Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga demonstrierten, baten die anderen die Deutschen, in der Sowjetunion zu bleiben.

Verantwortung für die Schicksalsgemeinschaft der Russlanddeutschen

Im April 1991 verabschiedete der Oberste Sowjet der Russischen Sowjetrepublik ein Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“, das nach dem Zerfall der Sowjetunion in den Rechtsbestand der Russischen Föderation übernommen wurde und zur Aufarbeitung von Unrechtsakten aufforderte, die der sowjetische Staat gegen bestimmte Nationalitäten seines Staatsgebietes ausgeübt hatte.

Zu den Betroffenen der aufzuarbeitenden national motivierten Diskriminierung und Entrechtung gehören die Deutschen, die sich als Russlanddeutsche (Sowjetdeutsche) im Laufe von über 250 Jahren beträchtliche Verdienste um Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Staatsaufbau des Landes erworben hatten und dennoch besonderen Repressionen ausgesetzt waren.

Das Anliegen dieser Gesetzgebung ist bisher nur teilweise eingelöst.

Inzwischen liegt der russischen Duma bereits die neunte Version eines Gesetzes zur Rehabilitierung der Russlanddeutschen vor. Das russische Parlament tut sich mit einer Entscheidung zugunsten der deutschen Volksgruppe schwer, die vor allem nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion zu unschuldigen und wehrlosen Opfern von Stalins Rache wurde.

So notwendig uns eine gesetzliche Rehabilitierung der Russlanddeutschen erscheinen mag, der deutsche Staat kann auf den russischen Gesetzgeber kaum Einfluss nehmen. Während aber das russische Parlament um Rehabilitierung für die Russlanddeutschen ringt, muss sich die deutsche Politik kritisch die Frage stellen, ob sie die Aufgabe noch ernst nimmt, das schwere Kriegsfolgenschicksal dieser Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion überwinden zu helfen.

In den Wirbeln einer allgemeinen Integrationsdebatte droht die spezifische Verantwortung unterzugehen, die der deutsche Staat gegenüber den Deutschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion übernommen hat.

Ausländerrechtliche Beschränkungen, die etwa der Unterbindung des Familiennachzuges von Zwangsverheirateten aus Anatolien dienen sollen, drohen unversehens zum Hinderungsgrund für die integrationspolitisch wünschenswerte gemeinsame Ausreise russlanddeutscher Kernfamilien zu werden.

Wer im gesellschaftlichen Leben unseres Landes heimisch werden will, braucht deutsche Sprachkenntnisse. Die apodiktische Forderung an russlanddeutsche Familien nach dem Nachweis eines bestandenen Sprachtestes als Voraussetzung für eine Aufnahme in Deutschland verkennt aber wesentliche Aspekte der Entwicklung dieser Volksgruppe. Es war die stalinsche Repressionspolitik, die dazu führte, dass die Menschen trotz ihrer im Pass und Namen erkennbaren Nationalität vielerorts nicht mehr als deutsche Sprachgemeinschaft, wohl aber als deutsche Schicksalsgemeinschaft leben.

Wir stehen also vor der Frage, ob wir bei unseren Bemühungen um nachhaltige Integration von Zuwanderern bereit sind, der besonderen Verantwortung für Spätaussiedler den erforderlichen Raum zu geben.

Aussiedlerpolitik hat als Beitrag zur Bewältigung von Kriegsfolgen immer einen besonderen Stellenwert gehabt und verdient ihn auch weiterhin. Es war das besondere Verdienst der damaligen Bundesregierung, namentlich von Horst Waffenschmidt, dass sie nach dem Fall des Eisernen Vorhanges unseren besonderen Verpflichtungen gegenüber den Russlanddeutschen engagiert nachgegangen ist. Diese Politik braucht unter den gegebe-

Deutsche Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion

1950 bis Oktober 2006

1950	0	1972	3.420	1990	147.950
1951	1.721	1973	4.493	1991	147.320
1952	63	1974	6.541	1992	195.576
1953	0	1975	5.985	1993	207.347
1954	18	1976	9.704	1994	213.214
1955	154	1977	9.274	1995	209.409
1956	1.016	1978	8.455	1996	172.181
1957	923	1979	7.226	1997	131.895
1958	4.122	1980	6.954	1998	101.550
1959	5.563	1981	3.773	1999	103.599
1960	3.272	1982	2.071	2000	94.558
1961	345	1983	1.447	2001	97.434
1962	894	1984	913	2002	90.587
1963	209	1985	460	2003	72.289
1964	234	1986	753	2004	58.728
1965	366	1987	14.488	2005	35.396
1966	1.245	1988	47.572	2006 (Jan. bis. Okt.)	5.983
1967	1.092	1989	98.134		
1968	598				
1969	316				
1970	342				
1971	1.145				
				Insgesamt:	
				2.340.317	

Herkunftsländer

Januar bis Dezember 2005

Herkunftsland	Anzahl	in Prozent
Russische Föderation	21.113	59,6
Kasachstan	11.206	31,7
Ukraine	1.306	3,7
Kirgisien	840	2,4
Usbekistan	307	0,9
Weißrussland	236	0,7
Moldau	130	0,4
Turkmenistan	72	0,2
Lettland	43	0,1
Aserbeidschan	34	0,1
Estland	32	0,1
Litauen	30	0,1
Georgien	22	0,1
Tadschikistan	15	0,04
Armenien	10	0,03
Insgesamt	35.396	100,0

nen Umständen eine angemessene Fortsetzung. Nur so werden wir die Chancen dieser Politik nutzen können, die darin besteht, dass Russlanddeutsche kulturelle und wirtschaftliche Brücken zwischen Deutschland und Russland, aber auch zu den mittelasiatischen Staaten der ehemaligen UdSSR schlagen können.

Bundesministerium des Innern

Hilfen der Bundesregierung für Russlanddeutsche in den Herkunftsländern

Um die Bleibewilligkeit der Angehörigen der deutschen Minderheit in den Herkunftsländern zu erhöhen, unterstützt die Bundesregierung sie durch kulturelle, wirtschaftliche, humanitäre und gemeinschaftsfördernde Maßnahmen.

Die Angehörigen der Minderheiten sollen durch gezielte Bleibehilfen in die Lage versetzt werden, als eigenverantwortliche Staatsbürger ihres Landes an dessen Aufbau mitzuwirken und aktiv an den Bindungen zu Deutschland teilzuhaben. Dabei ist das Umfeld angemessen in die Projekte einzubeziehen. Die Hilfen sind als Hilfe zur Selbsthilfe gestaltet.

Eine kritische Prüfung der bisherigen Projekte hat ergeben, dass Infrastrukturmaßnahmen und investive Großprojekte im Bereich der Wirtschaft und Landwirtschaft nicht mehr durchgeführt werden. Stattdessen sollen Maßnahmen gefördert werden, die den Menschen konkrete Perspektiven in ihren angestammten Wohngebieten bieten. *Die Haushaltsmittel sind zwar verringert worden, reichen aber aus, um die neuen Schwerpunkte wie die Breitenarbeit, Begegnungsstättenarbeit, Sprachkurse, Jugendarbeit, Aus- und Fortbildung und die Städtepartnerschaften zu fördern.*

Der Schwerpunkt der gemeinschaftsfördernden Hilfen liegt vor allem in Russland und Polen.

Lage der deutschen Minderheiten

Den deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gehören heute noch schätzungsweise zwei Millionen Menschen an, davon ca. 600.000 in Russland, ca. 300.000 in Polen und ca. 230.000 in Kasachstan. Ihre Lage hat sich nach der politischen Wende 1989/90 in Abhängigkeit



Das Russisch-Deutsche Haus Tomsk.



Brot und Salz für die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Treffen mit Russlanddeutschen in Tomsk.

von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt.

Die Aussiedlung aus Russland und den übrigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion hat sich im Laufe der Jahre erheblich reduziert. Während Anfang der 90er Jahre aus vielfältigen Gründen jährlich noch bis zu 400.000 Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland eintrafen, ist die Zahl im Jahr 2005 auf rund 35.000 Spätaussiedler und 2006 auf unter 10.000 gesunken. Allerdings siedeln viele Russlanddeutsche aus den mittelasiatischen Staaten nicht nach Deutschland aus, sondern ziehen nach Russland um.

Für die deutschen Minderheiten in den GUS-Staaten lässt sich feststellen, dass sich ihre Lage seit der politischen Öffnung deutlich verbessert hat. Als Gründe dafür sind zu nennen:

- eine Reihe von bilateralen Verträgen und Abkommen zugunsten der Minderheiten,
- die Minderheitenpolitik des Europarates mit dem Rahmenübereinkommen und der Sprachencharta,
- eine neue Aufgeschlossenheit der Heimatstaaten gegenüber ihren Minderheiten, die zum Teil in nationalen Schutzgesetzen und entsprechender aktiver Minderheitenpolitik ihren Niederschlag findet,
- die Politik der deutschen Seite zugunsten der deutschen Minderheiten.

Sprachkurse in den Herkunftsländern

Das Bundesministerium des Innern fördert im Rahmen der Breitenarbeit in den Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation und Kasachstan den außerschulischen Deutschunterricht. Er steht neben der Jugendarbeit und der Aus- und Fortbildung im Vordergrund der Projektarbeit.

In Russland und Kasachstan werden aktuell rund 2.300 vom Bundesinnenministerium (BMI) geförderte Sprachkurse an ca. 650 Orten (seit 1996 insgesamt sogar mehr als 42.164 Kurse an etwa 1.800 Orten) flächendeckend durchgeführt. Die Anzahl der Sprachkurse wird ständig dem tatsächlichen Bedarf angepasst.

Die Maßnahmen sind in erster Linie als Bleibehilfen konzipiert; sie verbessern aber im Fall einer Ausreise auch die Startbedin-

gungen für Spätaussiedler in Deutschland entscheidend. Die Kurse stehen allen interessierten Russlanddeutschen und ihren Familienangehörigen offen, gleich ob sie in Russland verbleiben wollen oder nicht.

Förderung von Partnerschaften zwischen Kommunen

Seit Jahren bestehen mittlerweile mehrere Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden mit Kommunen in den GUS-Staaten, darunter auch eine größere Zahl mit Partnerkommunen in Siedlungsgebieten der deutschen Minderheiten. Partnerschaftsbegegnungen haben das gegenseitige Verständnis und das gutnachbarschaftliche Miteinander gefördert, vielfältige Hilfen und Unterstützungen haben zur Bewältigung der so-

zialen und wirtschaftlichen Probleme beigetragen. In vielen deutschen Partnerkommunen haben die Spätaussiedler durch den starken Zuzug in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung erreicht. Sie haben ihre frühere Heimat vielfach nicht vergessen. So ist auf dieser Ebene ein lebendiger Kontakt zu vielen Ortschaften und Landkreisen in den Herkunftsgebieten erhalten geblieben.

Vom **Bundesministerium des Innern werden Maßnahmen gefördert**, die das menschliche Miteinander intensivieren und die Entwicklung der Partnerkommune unterstützen. Hierzu gehören Hilfen in gemeinschaftsfördernden, sozialen, medizinischen und wirtschaftlichen Bereichen, berufliche Qualifizierungsmaßnahmen (Aus- und Fortbildung) sowie der Jugendaustausch, soweit eine anderweitige Förderung nicht möglich ist.

Bundesministerium des Innern

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung

Geschichte des Amtes

Im Jahr 1988 erhöhte sich die Zahl der Aussiedler dramatisch. Bis zum Herbst 1988 waren schon über 130.000 Aussiedler nach Deutschland eingereist. Diese hohe Zahl stellte die Bundesrepublik Deutschland vor große Schwierigkeiten, da gleichzeitig viele Übersiedler aus der damaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland kamen.

Deshalb beschloss die Bundesregierung am 28. September 1988 die Einsetzung eines Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen. Dieser Beauftragte sollte alle Aktivitäten der Regierungsstellen koordinieren, um die Aufnahme von Aus- und Übersiedlern zu verbessern.

Erster Aussiedlerbeauftragter war **Dr. Horst Waffenschmidt** (CDU).

Zum Nachfolger wurde am 2. Dezember 1998 der Bundestagsabgeordnete **Jochen Welt** (SPD) berufen.

Mit Beschluss vom 20. November 2002 erweiterte das Bundeskabinett das Aufgabengebiet um die nationalen Minderheiten und berief Jochen Welt zum "Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten".

Ab dem 17. November 2004 übte der Bundestagsabgeordnete **Hans-Peter Kemper** (SPD) das Amt aus.

Seit dem 1. Februar 2006 bekleidet der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, **Dr. Christoph Bergner** (CDU), das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Aufgaben des Aussiedlerbeauftragten

Hinsichtlich der Spätaussiedler nimmt der Aussiedlerbeauftragte im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

- zentraler **Ansprechpartner** auf Bundesebene;
- **Koordination** der aussiedlerbezogenen Maßnahmen, insbesondere
- des Aufnahmeverfahrens gem. § 26 BVFG einschließlich des Bescheinigungsverfahrens i.S. v. § 15 BVFG
- und der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen;



Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, zu Besuch bei der Wanderausstellung der Landsmannschaft in Halle.

- **Betreuung** der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten und Übernahme des Co-Vorsitzes bei den bestehenden Regierungskommissionen mit den Titularstaaten für die Angelegenheiten der jeweiligen Minderheit;
- **Informationsarbeit** im Inland und bei den deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten.

Bundesministerium des Innern

Wir müssen die Erinnerung an das schwere Schicksal der Russlanddeutschen bewahren. Wir müssen auch die Erinnerung bewahren an die gesamte, reiche, jahrhundertealte Geschichte, ihre wirtschaftlichen Erfolge und ihre vielen kulturellen Errungenschaften. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland leistet dazu einen besonderen und wertvollen Beitrag, für den ich bei dieser Gelegenheit persönlich und im Namen der ganzen Bundesregierung noch einmal herzlich danken möchte.

**Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble
anlässlich der Feierstunde zum Gedenken
an die Opfer der Vertreibung der Russlanddeutschen
am 27. August 2006 in Stuttgart-Bad Cannstatt**

Welche Leistungen erhalten Spätaussiedler?

Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Vorstellung, dass Spätaussiedler ungerechtfertigte Geldgeschenke, zinslose Darlehen zum Bauen oder große Entschädigungsleistungen erhalten. Dieser Beitrag vermittelt einen Überblick über die tatsächlichen Leistungen und legt gleichzeitig dar, weshalb die Angehörigen der deutschen Minderheit überhaupt Anspruch auf Unterstützung haben.

Die Angehörigen der deutschen Minderheit haben am längsten und am schwersten unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten. Sie wurden als Kollaborateure und Spione der Nazis verfolgt und im Falle der Russlanddeutschen kollektiv vertrieben, obwohl sie mit Deutschland nicht einmal in Verbindung standen. Diese und die aus der kommunistischen Zeit danach herrührenden Benachteiligungen bestanden zum Teil bis in die 90er Jahre; ihre Auswirkungen – unter anderem im Bildungsbereich – dauern bis heute an.

Ziel der Aussiedlerpolitik ist es deshalb, diese Benachteiligungen abbauen zu helfen und den Angehörigen der deutschen Minderheiten eine Perspektive in ihren Heimatländern zu eröffnen. Dabei verfolgt die Bundesregierung gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas konsequent einen auf Aussöhnung und Verständigung gerichteten Kurs. Diese Politik der Aussöhnung zielt darauf ab, das einträchtige Zusammenleben der Völker und Kulturen weiter zu verbessern. Das kommt insbesondere auch den deutschen Minderheiten zugute, was die sinkenden Zuzugs- und Antragszahlen eindrucksvoll belegen.

Denjenigen, die eine solche Perspektive für sich und ihre Kinder nicht mehr sehen, wird die Ausreise nach Deutschland ermöglicht, wenn sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Vor diesem Hintergrund respektiert die Bundesregierung die Entscheidung jedes Einzelnen, seine Zukunft entweder in seiner derzeitigen Heimat zu gestalten oder im Rahmen der gesetzlichen Aufnahmebestimmungen nach Deutschland auszusiedeln.

Aussiedlerspezifische Hilfen

- Spätaussiedler erhalten einen pauschalen Ausgleich für die **Kosten der Rückführung aus den Herkunftsgebieten**, und zwar aus der ehemaligen Sowjetunion 102 Euro, aus Rumänien 51 Euro und aus Polen 25 Euro. Nach Eintreffen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes erhalten sie ein Betreuungsgeld von 11 Euro zum Erwerb von Dingen des täglichen Bedarfs. Außerdem werden sie bei Bedürftigkeit durch Sachleistungen der Friedlandhilfe e.V. im Wert von 25,56 Euro unterstützt.
- Spätaussiedler sowie ihre Ehegatten und Abkömmlinge (im Sinne des § 7 Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes) erhielten bis zum 1. Januar 2005 eine **Eingliederungshilfe für die Dauer von sechs Monaten**. Sie setzte voraus, dass der Betreffende arbeitslos ist, vor der Ausreise im Herkunftsland eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet war, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stand und über keine anderen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreichenden Einkünfte verfügte. Die Höhe der Eingliederungshilfe entsprach in etwa der Sozialhilfe. Daneben bestand kein Anspruch auf Sozialhilfe. Zum 1. Januar 2005 ist diese aussiedlerspezifische Leistung eingestellt worden.
- Spätaussiedler haben nach dem Zuwanderungsgesetz Anspruch auf **kostenlose Sprachförderung** für die Dauer von sechs Monaten.
- Im „**Akademikerprogramm**“ sind Sprachkurse und Fördermaßnahmen zur berufsspezifischen Anpassung von Hochschulabsolventen und Wissenschaftlern im Alter von 30 bis 50 Jahren vorgesehen.
- Für nicht mehr schulpflichtige Spätaussiedler/Innen bis zum 30. Lebensjahr, die in der Bundesrepublik Deutschland ihre



Mitglieder der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland bei einer Mitarbeitertagung in Würzburg im Mai 2006. Auch bei dieser Tagung spielten die sozialen Belange der Volksgruppe eine dominierende Rolle.

Hochschulausbildung aufnehmen bzw. fortsetzen wollen, werden zusätzlich folgende Hilfen gewährt:

- **hochschulvorbereitende Sprachkurse** mit dem Ziel C 1, aufbauend auf die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF);
 - **Eingliederungslehrgänge** in Form von studienvorbereitenden und begleitenden Seminaren;
 - auf BAföG **aufstockende Beihilfen** für die Vorbereitung auf die Abiturprüfung und die Teilnahme am Studienkolleg.
- Aussiedler (nicht aber deren Familienangehörige) haben einen **Rentenanspruch aufgrund des Fremdrentengesetzes (FRG)**. Damit hat der Gesetzgeber dem Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler Rechnung getragen. Bei allen Rentenzugängen ab dem 1. Oktober 1996 werden grundsätzlich unabhängig vom Zeitpunkt des Zuzugs die FRG-Tabellenwerte in Höhe von nur 60% berücksichtigt. Schon vor dieser Rechtsänderung galten für Spätaussiedler Tabellenwerte in Höhe von nur 70%. Bei Zuzug nach dem 6. Mai 1996 wird der Rentenanteil aus FRG-Zeiten auf maximal 25 Entgeltpunkte, bei Ehepaaren und eheähnlichen Gemeinschaften auf maximal 40 Entgeltpunkte begrenzt. Dies bedeutet, dass Rentenanteile aus FRG-Zeiten (Stand: Juli 2005) nur noch bis maximal 653,25 Euro (brutto) bzw. 1.045,20 Euro berücksichtigt werden. In den neuen Bundesländern sind es aufgrund des niedrigeren aktuellen Rentenwerts maximal 574,25 Euro bzw. 918,80 Euro. Von den genannten Beträgen sind noch die Eigenanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung abzuziehen.
 - Spätaussiedler (nicht aber deren Familienangehörige) aus der ehemaligen UdSSR, die vor dem 1. April 1956 geboren sind und wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit politische Haft oder Verbannung erlitten haben, erhalten als Ausgleich eine **einmalige Entschädigung** in Höhe von 4.000 DM = 2.045,17 Euro, sofern sie vor dem 1. Januar 1946 geboren sind, 6.000 DM = 3.067,75 Euro (§ 9 Abs. 2 BVFG).

Darüber hinaus gibt es keine aussiedlerspezifischen Hilfen:

- **Zinslose oder zinsverbilligte Darlehen für den Bau bzw. für den Erwerb von Einfamilienhäusern oder Wohnungen speziell für Aussiedler gibt es nicht.** Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen können Aussiedler wie auch einheimische Deutsche oder Ausländer Gebrauch machen von Bauprogrammen der Länder und Kommunen, die für sozial schwache und kinderreiche Familien Darlehen mit Sonderkonditionen vorsehen. Nähere diesbezügliche Informationen erteilt die jeweilige Gemeinde-, bzw. Stadtverwaltung.
- **Die Aussiedler erhalten nach Einreise keinen kostenlosen Wohnraum.** Sie können jedoch wie auch einheimische Deutsche oder Ausländer bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen Wohngeld in Anspruch nehmen.
- **Die Gewährung zinsverbilligter Einrichtungsdarlehen beim erstmaligen Bezug einer ausreichenden Wohnung an Aussiedler ist mit Ablauf des 30. Novembers 1992 eingestellt worden.** Die bis dahin gewährten Darlehen waren durch eine Zinssubvention des Bundes verbilligt.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. ...

... wurde 1950 in Stuttgart gegründet und versteht sich bis zum heutigen Tag als Interessenvertreterin, Hilfsorganisation und Kulturverein aller Russlanddeutschen. Als eingetragener Verein verfolgt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ausschließlich gemeinnützige Zwecke und ist offen für alle, die sich für das Wohl der Russlanddeutschen einsetzen wollen.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist organisatorisch unterteilt in Landes- sowie rund 150 Orts- und Kreisgruppen, deren Vertreter bei der alle drei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung den ehrenamtlich tätigen Bundesvorstand wählen. Koordiniert wird die Arbeit der Landsmannschaft durch die in Stuttgart ansässige Bundesgeschäftsstelle. Weiteres erfahren Sie auf unserer Homepage (www.deutscheausrussland.de) sowie unter den auf Seite 38 angegebenen Telefonnummern.

Angesichts der gestiegenen Probleme bei der Integration von Spätaussiedlern und der sinkenden Akzeptanz der Deutschen aus Russland in der Bevölkerung ist die Arbeit der Landsmannschaft heute wichtiger als jemals zuvor. Sie setzt dabei gegenwärtig die folgenden Schwerpunkte:

Politische Arbeit

Entsprechend ihrer Satzung handelt die Landsmannschaft überkonfessionell und überparteilich. Auf diese Weise ist es ihr gelungen, sowohl vor als auch nach dem Regierungswechsel in Berlin mit den politisch Verantwortlichen in stetem Gedankenaustausch zu bleiben und von diesen als kompetente und verlässliche Verhandlungspartner angesehen zu werden. Auf diese Weise konnte die Landsmannschaft für die Deutschen aus Russland in den 56 Jahren ihres Bestehens erheblich mehr erreichen als mit lautstarken Parolen.



Die Mitglieder des am 11. November 2006 gewählten Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (von links): Waldemar Axt (Bayern), Adolf Braun (Sachsen), Leontine Wacker (Baden-Württemberg), Adolf Fetsch (Bayern, Bundesvorsitzender), Lilli Bischoff (Niedersachsen), Dr. Arthur Bechert (Bayern) und Dr. Andres Keller (Baden-Württemberg).

Sozialberatung und -betreuung

Traditionell im Zentrum der landsmannschaftlichen Arbeit steht die soziale Beratung und Betreuung von deutschen Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Diese Arbeit wird zum größten Teil von ehrenamtlichen Betreuern in den landsmannschaftlichen Gliederungen geleistet, die in Schulungen auf Orts-, Landes- und Bundesebene mit den dafür nötigen Kompetenzen ausgestattet werden.

„Offiziell“ wurden im Jahr 2005 von 107 ehrenamtlichen Aussiedlerbetreuern der Landsmannschaft 19.324 Personen in 22.855 Stunden betreut. In Wirklichkeit sind auf diesem Gebiet erheblich mehr Mitglieder der Landsmannschaft im Einsatz, die große Teile ihrer Freizeit denjenigen Landsleuten widmen, die erst in den letzten Jahren aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland kommen durften.

Integration

Grundsätzlich geht die Landsmannschaft davon aus, dass die Integration der Deutschen aus Russland in ihrer Gesamtheit als Erfolg betrachtet werden kann. Weitere Erfolge ließen sich erzielen, würde man Integrationspolitik im Spätaussiedlerbereich nicht nur **für** Deutsche aus Russland durchführen, sondern verstärkt auch **mit** ihnen.

Insbesondere wird von der Landsmannschaft das so genannte Huckepack-System favorisiert, das eine Kombination der Kenntnisse und Erfahrungen einheimischer Sozialarbeiter mit denjenigen russlanddeutscher Integrationsfachleute vorsieht. Die Erfolge in Orten, in denen dieses System praktiziert wird, sprechen eine eindeutige Sprache.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Landsmannschaft ist der Überzeugung, dass es nur bedingt effektiv sein kann, über Verbesserungen bei der Integration der Deutschen aus Russland nachzudenken und sich dafür einzusetzen, solange das Bild, das sich die Einheimischen von ihnen machen, durch die einseitige und negative Berichterstattung in den Medien beeinflusst wird. Einige Maßnahmen, die von der Landsmannschaft vorgeschlagen bzw. bereits realisiert wurden, seien stichpunktartig erwähnt:

- Weiterer Ausbau der Wanderausstellung „Volk auf dem Weg. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“, mit deren Hilfe breite Bevölkerungsschichten erreicht werden können.
- Unmittelbare Reaktion von politisch Verantwortlichen auf unhaltbare Äußerungen über Spätaussiedler.
- Behandlung des Themas „Russlanddeutsche/Deutsche aus Russland“ als selbstverständlicher Bestandteil des Lehrplans deutscher Schulen.
- Finanzielle und evtl. auch institutionelle bzw. personelle Unterstützung der Presse- und Informationsarbeit der Landsmannschaft.
- Fortsetzung und Ausbau der Förderung von kulturellen, Geschichts- und Informationsbroschüren im Aussiedlerbereich.

Kulturarbeit

Die Landsmannschaft hat ihre Kulturarbeit stets in erster Linie als Beitrag zur Festigung bzw. Wiedergewinnung der kulturellen Identität der Mitglieder einer Volksgruppe verstanden, die nach Jahrzehnten der Verfolgung und Vertreibung orientierungslos geworden ist. Es sind ganz gewiss Menschen, die es verdient haben, hierher nach Deutschland zu kommen und gemäß ihrer rechtlichen Position gefördert zu werden – auch und

ISSN 0930-2307 • Bsp. I

VOLK AUF DEM WEG

Nr. 10 • Oktober 2006 • 57. Jahrgang • Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.





„Wir müssen die Erinnerung an das schwere Schicksal der Russlanddeutschen bewahren.“

Bundesinnenminister
Dr. Wolfgang Schäuble
bei der Gedenkfeier
der Landsmannschaft
in Stuttgart-Bad Cannstatt

Das offizielle Mitteilungsblatt der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Es erscheint monatlich und wird allen Mitgliedern kostenlos zugeschickt.

vor allem auf kulturellem Gebiet, um die Ausprägung bzw. Wiedererlangung eines stimmigen Selbstbildes zu erleichtern.

Trotz erheblicher finanzieller Einschnitte ist es der Landsmannschaft gelungen, in den letzten Jahren eine Reihe von Kulturveranstaltungen durchzuführen, die auch von überregionaler Bedeutung waren. Besonders eindrucksvoll waren zwei Veranstaltungen im Jahr 2006:

- Mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble als Festredner gedachten wir am 27. August im feierlichen Rahmen des Kursaales von Stuttgart-Bad Cannstatt der russlanddeutschen Opfer von Verfolgung und Vertreibung.
- Und am 19. Oktober wurde im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart zum sechsten Mal der Russlanddeutsche Kulturpreis des Patenlandes der Landsmannschaft, Baden-Württemberg, verliehen.

Jugend

Die Arbeit der Landsmannschaft mit Kindern und Jugendlichen wird gegenwärtig vorwiegend auf lokaler Ebene, in den Orts- und Kreisgruppen durchgeführt. Die Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Kultur (Tanz, Gesang, Theater), Sprachförderung und Sport. In den Jahren 2005 und 2006 waren Hessen (Multiplikatorenschulungen, Festival, Jugendbroschüre), Nordrhein-Westfalen (Jugendkulturfeiern) und Baden-Württemberg (Jugendbroschüre, zwei Integrationstreffen) auf Landesebene besonders aktiv. Hinzu kamen Schulungen für Jugendleiter, die bundesweit und regional durchgeführt wurden, sowie zahlreiche Zusammenkünfte, die dem Informationsaustausch dienen, und ein Jugendsymposium im Oktober 2005 in Leipzig.

Deutsche aus Russland - ein Gewinn für Deutschland

Auszug aus einer Rede des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Adolf Fetsch (gehalten am 19. August 2006 beim Landestreffen Niedersachsen der Landsmannschaft)

Ich ärgere mich häufig darüber, dass in verschiedenen Teilen der Öffentlichkeit und in einigen Zeitungen sowie in Fernsehmagazinen grundsätzlich davon ausgegangen wird, Spätaussiedler aus der GUS seien eine Belastung für die Bundesrepublik. Bedient man sich jedoch einer unvoreingenommenen Betrachtungsweise, gelangt man zu einer völlig anderen Einschätzung der Lage.

Demnach dürfen wir die Integration der Deutschen aus Russland – von bedauerlichen Einzelfällen abgesehen – als vorbildlichen Erfolg bezeichnen. Das gilt sowohl für die Aussiedler früherer Jahre, die längst ihr Ziel erreicht haben, hier als Deutsche unter Deutschen zu leben, als auch für Spätaussiedler, die erst nach 1991 aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind.

Offizielle Statistiken und wissenschaftliche Untersuchungen sprechen hier eine deutliche Sprache:

- So sind Aussiedler bzw. Spätaussiedler eine ausgesprochen junge Bevölkerungsgruppe, die der überalterten bundesdeutschen Gesellschaft nur von Nutzen sein kann.
- Des Weiteren sind Aussiedler bzw. Spätaussiedler keineswegs überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, und das nicht zuletzt deshalb, weil sie mehrheitlich bereit sind, Arbeitsstellen anzunehmen, die unter ihrer mitgebrachten Qualifikation liegen. Aufgrund ihrer Mobilität und ihrer Arbeitswilligkeit haben sie in erheblichem Maße zur Sanierung strukturschwacher Gebiete beigetragen. Zudem zeich-

nen sich Deutsche aus Russland vor allem auf künstlerischen und sportlichem Gebiet durch eine weit überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft aus.

- Gerade weil viele es nicht glauben wollen und den Deutschen aus Russland vorwerfen, sie würden die öffentlichen Kassen plündern, will ich auch heute das wiederholen, was ich schon so oft gesagt habe: Deutsche aus Russland zahlen erheblich mehr in die deutschen Sozialversicherungs- und Rentenkassen ein, als sie diesen entnehmen, und stützen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.
- Keine Rede kann auch davon sein – und damit wende ich mich gegen ein weiteres Vorurteil –, dass Deutsche aus Russland in überdurchschnittlichem Maße kriminell sind. Zu diesem Ergebnis sind sowohl Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg als auch regionale Studien in Lahr (Baden-Württemberg) und verschiedenen norddeutschen Städten gekommen. Einheitlich besagen diese Studien, dass die meisten Spätaussiedler weder besonders kriminell noch besonders auffällig sind, sondern sich gut in diese Gesellschaft integrieren.

Vor diesem Hintergrund wäre es nach Auffassung der Landsmannschaft wünschenswert, die Leistungen sowie die Vorzüge der Deutschen aus Russland in realitätsgerechter Weise darzustellen und nicht das Feld Personen zu überlassen, die ihre Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit bedenkenlos auf Aussiedler und Spätaussiedler ausweiten.

Beitrittserklärung

(Nur für neue Mitglieder. Die Mitgliedschaft von Landsleuten, die bereits Mitglied sind, verlängert sich automatisch.)

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Die Zeitung "VOLK AUF DEM WEG" wird mir als Mitglied zugestellt. Die Mitglieds- und Bezugsgebühr beträgt jährlich 30,- Euro in den alten Bundesländern und 27,- Euro in den neuen Bundesländern. Spätaussiedler zahlen in den ersten drei Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland 15,- Euro.

Name _____ Vorname (Vorname d. Ehegatten) _____

Straße _____ PLZ _____ Ort _____

Geburtsdatum _____ Einreisedatum _____

Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu bezahlen.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland widerruflich, die Mitglieds- und Bezugsgebühr durch Einzugsauftrag (Lastschrift) von meinem Konto einzuziehen.

Meine Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Sparkasse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Zentrale

Raitelsbergstr. 49,

70188 Stuttgart

Tel.: 0711/1 66 59-0

Fax: 0711/ 286 44 13

E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de

Homepage:

www.deutscheausrussland.de

Mitgliederverwaltung, Anzeigen
für Volk auf dem Weg: 0711/166
59-17 und -18

Versand (Bücher etc.): 0711/166 59-
22

Projekte: Tel.: 0711-16659-23

Sozialabteilung: Tel.: 0711-16659-
19, -21

Öffentlichkeitsarbeit: 0711/166 59-
0

Außenstellen

München: Tel.: 089-44141905

Neustadt/Weinstraße: Tel.: 06321-
9375273

Hannover: Tel.: 0511-3748466

Thüringen: Mobil:0160-3506627

Projekte der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Seit einigen Jahren agiert die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland verstärkt im Rahmen integrierender Projekte, die vor allem jugendliche Spätaussiedler/Migranten und ihre Familien aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Zielgruppe haben. Denn: Etwa 42 Prozent der gegenwärtig nach Deutschland kommenden Spätaussiedler sind jünger als 25 Jahre.

Finanziert werden die Projekte vom Bundesinnenministerium, vom Familienministerium, durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder die Regierungen einzelner Bundesländer. Umgesetzt werden sie von Projektleitern der Landsmannschaft, die über interkulturelle Kompetenzen und Erfahrungen verfügen. Durch Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten und ehrenamtliche Betreuung werden die Angebote der Integrationsnetzwerke vor Ort erweitert und die Akzeptanz der Zuwanderer durch die Öffentlichkeitsarbeit verbessert.

Projektbeispiele

Wanderausstellung „Volk auf dem Weg. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“ (bundesweit, Projektleiter Jakob Fischer und Josef Schleicher)

Die Wanderausstellung gehört zu den ältesten Projekten der Landsmannschaft. Sie wird seit 1991 vom Bundesministerium des Innern gefördert und jährlich an bis zu 50 Standorten präsentiert. Vorträge, Filme, Führungen in Schulen, öffentliche Veranstaltungen mit Kulturprogramm fördern eine bessere Akzeptanz der Spätaussiedler in der deutschen Gesellschaft und entkräften Vorurteile. Für das Jahr 2007 liegen der Landsmannschaft ca. 300 Anfragen von Städten und Gemeinden aus allen 16 Bundesländern vor.

„Auf- und Ausbau eines Netzes der Multiplikatoren zur Verstärkung der Integrationsarbeit in Hessen“ (landesweit, Projektleiterinnen Rosa Emich und Svetlana Paschenko)

Das Projekt wird seit 1999 vom Hessischen Sozialministerium gefördert und läuft unter dem Motto „Gemeinsam sind wir



Die Wanderausstellung der Landsmannschaft (hier in Bleckede, Niedersachsen) wird jedes Jahr in bis zu 50 Orten gezeigt.

stark“. Seine Schwerpunkte - sozialpädagogische Beratung und Betreuung sowie Aufbau eines Multiplikatorennetzes - werden durch Veranstaltungen in den Bereichen Sport, Kultur und Information ergänzt. Durch regelmäßige Multiplikatorenschulungen und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen entwickelt sich ein Netzwerk von engagierten jungen Deutschen aus Russland, die als „Brückenmenschen“ die Integrationsarbeit vorantreiben.

„Miteinander statt Nebeneinander – gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen (Spätaussiedlern/Migranten) im Ortenaukreis“ (Baden-Württemberg, Projektleiter Georg Stöbel)

Im Vordergrund des Projektes, das seit 2003 läuft, steht die Idee, eine Kultur des Zusammenlebens zu pflegen. In aktiver Zusammenarbeit mit anderen Vereinen werden jugendliche Spätaussiedler an die vorhandenen örtlichen Einrichtungen und Angebote herangeführt. Sprachförderung zur besseren schulischen und beruflichen Integration, sinnvolle Freizeitgestaltung durch Kultur- und Freizeitangebote, aufsuchende Arbeit in Übergangswohnheimen und Hilfen für neu angekommene Familien gehören nach wie vor zu den Angeboten.



Projektleiter Theodor Thyssen mit seinen Schützlingen.

„Integration junger Spätaussiedler in das Gemeinwesen von Heinsberg“ (Nordrhein-Westfalen, Projektleiter Theodor Thyssen)

Im Mittelpunkt des Projektes stehen seit 2003 junge Spätaussiedler, die sozial desorientiert, schwer zu erziehen oder verhaltensauffällig sind. Theodor Thyssen motiviert die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch erlebnispädagogische Aktivitäten und erlebte Heimatkunde. Viel Wert wird auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung gelegt, die den spezifischen Bedürfnissen der Jugendlichen aus der ehemaligen GUS entspricht. Durch die Teilnahme an erlebnispädagogischen Aktivitäten werden sie in ihren mitgebrachten Kompetenzen unterstützt, und durch das Kennenlernen der neuen Heimat bekommen sie ein Gefühl der Geborgenheit und Zugehörigkeit sowie neue Freunde unter den Einheimischen. Es ist ein Lernen mit Herz, Hand und Verstand, das durch ein breites Spektrum der Methoden erzielt wird.

Beispiele vorbildlicher Integration

Die Deutschen und ihre Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion haben ein bemerkenswertes Potential an Erfahrungen, Kenntnissen und Können mit nach Deutschland gebracht. In den verschiedensten Bereichen der deutschen Gesellschaft haben sie in positiver Weise auf sich aufmerksam gemacht.

Nicht zuletzt gilt das für den **Sportbereich**. So trugen zahlreiche Spätaussiedler maßgeblich zum Erfolg der deutschen Olympiamannschaft bei den Olympischen Sommerspielen in Athen 2004 bei, und in so mancher Sportart sind sie weit überdurchschnittlich vertreten und ausgesprochen erfolgreich.

Alex Lang: Der 20-jährige Vorzeigesportler des Karatevereins Schwarz-Rot Kassel belegte hervorragende Plätze bei nationalen und internationalen Wettkämpfen und gehört zum deutschen Nationalkader.

Eduard Lewandowski: Seit 1995 in Deutschland, gehört seit drei Jahren zu den Hoffnungsträgern der Kölner Haie. Der 25-jährige Stürmer spielte bei den Olympischen Winterspielen in Turin 2006 in der deutschen Nationalmannschaft.



Lilli Schwarzkopf (links), Renate Lingor und Eduard Lewandowski.

Renate Lingor: Mitglied der deutschen Fußballnationalmannschaft. Mehrfache deutsche Meisterin, Pokal- und UEFA-Cup-Siegerin, Weltmeisterin 2003, Europameisterin 2001 und 2005, Olympische Bronzemedaille 2000 und 2004.

Jakob Neufeld: Seit 1991 in Deutschland, trainiert beim AC Goliath Dortmund als Gewichtheber. Einer der besten deutschen Gewichtheber in der Klasse bis 77 Kilogramm.

Lilli Schwarzkopf: Trainiert als Siebenkämpferin (Leichtathletik) bei ihrem Vater Reinhold im Verein LC Paderborn. Größte Erfolge: EM-Dritte 2006, Deutsche Meisterin 2004, Hallen-DM-Dritte 2005, U23-EM-Zweite 2005, Junioren-WM-Fünfte 2002, Deutsche Juniorenmeisterin 2002.

Vitali Tajbert: Kam mit zwölf Jahren zum Velberter Boxclub 1922, wo er zur großen deutschen Nachwuchshoffnung wurde. Gewann bei der WM 2003 die Silbermedaille, 2004 bei der EM Gold und Bronze in Athen.



Der weltberühmte Pianist Prof. Rudolf Kehrer (links) bei der Verleihung des Russlanddeutschen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg im Februar 2005. Neben ihm die Gewinnerin des Förderpreises, Olga Gollej, und der Gewinner der Ehrengabe, Wladimir Wecker.

Besonders zahlreich sind russlanddeutsche Talente auch in den Bereichen **Musik, Bildende Kunst und Choreographie** vertreten. Bundesweit haben Deutsche aus Russland Musik-, Kunst- und Tanzschulen eröffnet, leiten Chöre, spielen in Orchestern und gründen Orchester, vertreten Deutschland bei internationalen Wettbewerben und gehören zu den Preisträgern bei Wettbewerben. Auch in den Bereichen **Literatur, Verlagswesen, Theater und Film** zeichnet sich ein positiver Trend ab.

Musik

Helene Fischer: Ihre Begabung für Gesang, Schauspiel und Tanz führte die Schlagersängerin an die Stage & Musical School in Frankfurt/Main, die sie mit Diplom beendete. 2006 erstes Album und die Tournee „Überraschungsfest der Volksmusik“ mit Florian Silbereisen in über 50 deutschen Städten.

Olga Gollej: Pianistin, musikalische Frühförderung als Gaststudentin an der Leipziger Musikhochschule und der Würzburger Hochschule für Musik. Mehrfache Bundespreisträgerin bei „Jugend musiziert“. Musikstudium in Weimar. 2005 Förderpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises 2005.

Rudolf Kehrer: Klaviervirtuose, Musikpädagoge. Musikstudium in Taschkent, Professur am Moskauer Konservatorium. Gastprofessur an der Wiener Musikhochschule. Seit 1993 in Deutschland, lebt bei Köln. Jurymitglied bei Klavierwettbewerben, 2005 Hauptpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises.

Julia Neigel: Die Pop- und Rocksängerin entdeckte früh ihr musisches Talent; klassische Musikausbildung, mehrere Preise bei „Jugend musiziert“. Seit 1978 eine bemerkenswerte Karriere als Künstlerin, Sängerin und Songschreiberin; schreibt Texte für Peter Maffay. Mehrere Alben, agiert als Musikproduzentin.

David Wedel: Geiger. Musikunterricht (Klavier und Geige), Musikstudium in Lübeck, Köln, Madrid, Wien und Berlin. Spielte bei den Berliner Sinfonikern, seit zwei Jahren im renommierten Leipziger Gewandhausorchester. Tourneen in aller Welt. Beschäftigt sich nebenbei mit Jazz- und Rockmusik.



Der Gewinner des Russlanddeutsches Kulturpreises 2006, Nikolaus Rode, vor einem seiner Werke.

Bildende Kunst

Robert Hettich: Maler, Grafikdesigner. Kunst- und Maleriestudium in Tadschikistan und Hannover, Dipl.-Grafikdesigner. Freischaffender Künstler in Langenhagen, betreibt ein renommiertes Design-Studio mit vielfältigem Leistungsspektrum. Stellt im In- und Ausland aus.

Paul Krenz: Intarsienkünstler, Restaurator. Seine einzigartigen Holzkunstwerke, Intarsienbilder und restaurierten Möbelstücke schmücken Kirchen, Klöster, Paläste und Parlamente. Drei seiner Werke sind im Vatikan, mit zwei Intarsienbildern ist Krenz im Guinness-Buch der Rekorde (1998 und 2001) vertreten.

Nikolaus Rode: Der Maler und Bühnenbildner arbeitete als Theatermaler, illustrierte Bücher, gestaltete Plakate und Kataloge, beschäftigte sich mit Innen- und Außenarchitektur. Stellte mehrfach im In- und Ausland aus, Träger mehrerer Preise; 2006 Hauptpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises.



Elena Kraft - erfolgreich als Tänzerin und Choreographin.

Jakob Wedel: Bildhauer. Studierte Skulptur und angewandte Kunst, zahlreiche Ausstellungen. Etwa 20 seiner Werke sind in Bronze gegossen und in Kurorten, Rathäusern, auf Plätzen und in Parks zu bewundern. Schuf in vier Jahrzehnten über 800 Werke. Ehrengabe des Russlanddeutschen Kulturpreises 2006.

Choreographie

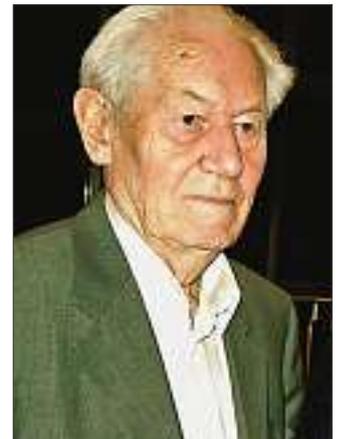
Breakdancegruppe „High Energy“: Entfacht ein Feuerwerk auf der Tanzfläche: Die Tänzer Vitali Buchmüller, Alex Haffner, Sergej Novoschilov und Andre Brysgalov sind Deutsche Meister im HipHop-Showdance und Vize-Weltmeister. Zahlreiche Auftritte im In- und Ausland.

Elena Kraft: Gründete 2001 beim Polizeisportverein Kiel eine Tanzgruppe, die als „Dancecompany K-System“ bekannt ist. 2003 Sieg beim Kieler Kulturfestival, 2005 1. Platz in der Kategorie Jazztanz beim Tanzfestival in Duisburg, 2006 absolute Preisträgerin beim selben Tanzfestival.

Andreas Podlich und Darja Titowa: Hessische Tanzmeister in der Standard- und der Lateinsektion. Seit 2004 im Latein- und Standardkader des Landes; vertreten Hessen bei großen Turnieren wie der Deutschen Meisterschaft.

Viktor Scherf: Gründete in Altenkirchen, Rheinland-Pfalz, die Tanzschule „Let's Dance“. Mit dem Showtheater „Rhythmen der Welt“ hat der Choreograph nationalen und internationalen Erfolg. Drei Podiumsplätze beim X. Deutschen Ballettwettbewerb 2006 in München.

Literatur



Unterschiedliche Generationen, gleiche Profession: Eleonora Hummel und Johann Warkentin.

Nelly Däs: Erzählerin, Autorin mehrerer Bücher, tritt mit Vorträgen und Lesungen in Schulen auf. Ihr Buch „Das Mädchen vom Fährhaus“ wurde 1996 verfilmt. Deutscher Jugendbuchpreis, Bundesverdienstorden, goldene Ehrennadel der Landsmannschaft.

Johann Warkentin: Renommiertester russlanddeutscher Schriftsteller; Literaturkritiker, Sprachforscher, Nachdichter, Lektor, Essayist, Lehrbuchverfasser. 2002 Bundesverdienstkreuz am Bande.

Eleonora Hummel: Autorin. Erhielt 2003 als „hoffnungsvolles Talent“ und „Entdeckung der Jury“ den Förderpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises. 2006 Adelbert-von-Chamisso-Förderpreis für das Buch „Die Fische von Berlin“.

Waldemar Weber: Dichter, Übersetzer und Verleger. 2001 Liechtenstein-Preis und Makowski-Preis (Russland). Gründete den Waldemar Weber Verlag.

Viktor Heinz: Lyriker, Dramatiker, Erzähler. Studierte Germanistik in Nowosibirsk, Dozent und Lehrstuhlleiter in Sibirien

und Kasachstan. Schreibt Gedichte, Erzählungen, Theaterstücke und Romane. 2003 Ehrenpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises für sein Gesamtwerk.

Theater/Filmproduktion



Irene Langemann (links) und Lilia Tetslau.



Irene Langemann: Dramaturgin, Regisseurin, Filmproduzentin. Beteiligung an deutschen und internationalen Dokumentarfilmfestivals. Zahlreiche Auszeichnungen, darunter 2001 der Grand Prix für den besten ausländischen Dokumentarfilm

Lilia Tetslau: Gründete 1998 ihr eigenes Figurentheater „Joey“ und gastiert als Kabarettistin in Kindergärten, Schulen und Gemeinden.

Maria und Peter Warkentin: Früher Berufsschauspieler am Deutschen Theater Temirtau/Almaty in Kasachstan, führen seit über zehn Jahren das Russland-Deutsche Theater Niederstetten.

Forschung und Wissenschaft sind weitere Zukunftsbereiche für russlanddeutsches akademisches Potential. Zwar ist die Kulturgeschichte der eigenen Volksgruppe das traditionelle Forschungsgebiet der Deutschen aus Russland geblieben, aber die jüngere Generation widmet sich zunehmend auch anderen Gebieten wie Mathematik, Naturwissenschaften, Politologie oder Medizin.

*Außerdem stellen die Deutschen aus Russland eine risikofreudigen Bevölkerungsgruppe dar, deren Mitglieder zunehmend den Weg in die **Selbständigkeit** wagen.*

Wissenschaft/Forschung

Dr. Alfred Eisfeld: Der Historiker ist Leiter der Abteilung Göttingen am Institut für Deutschland- und Osteuropafor-schung. Zahlreiche Publikationen zur Kulturgeschichte der Russlanddeutschen. 2003 Hauptpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises in Anerkennung „der Erhaltung und Förderung des Kulturgutes der Russlanddeutschen“.

Natalia Krieger: Seit 1995 in Deutschland. Studium der Politologie in Köln, Dipl.-Politikwissenschaftlerin. Promotionsstudium im Fach Politikwissenschaft in Köln mit dem Arbeitstitel „Die Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik der EU am Beispiel der GUS-Länder“.



Dr. Alfred Eisfeld und Tatjana Stykel.

Tatjana Stykel: Die Mathematikerin erhielt für ihre Dissertation "Analysis and numerical solution of generalized Lyapunov equations" den Nachwuchswissenschaftlerinnen-Preis 2003 des Forschungsverbundes Berlin. Leiterin einer jungen Forschergruppe an der TU Berlin.

Natalia Wegner: Erster Platz beim Landeswettbewerb „Jugend forscht“ 2003 in Hessen im Fachgebiet Biologie für ein Projekt über „enzymatisch hergestellte Zellulose“. Zweiter Platz beim Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ 2003. Studiert Biochemie an der TU München.

Selbständigkeit/Beruf

Irina Braun: Studierte in Mannheim Betriebswirtschaftslehre in der Fachrichtung Spedition, Transport und Logistik. Seit Februar 2003 Assistentin der Geschäftsführung bei ILS-EAST Logistik GmbH im hessischen Rödermark, führend auf dem osteuropäischen Markt.

Robert Burau: Betreibt eine Zahnarztpraxis und gründete 1997 den BMV Robert Burau Verlag in Lage, NRW. Verlegte seitdem etwa 60 Titel russlanddeutscher Autoren.

Dr. Irene Tröster: Studierte Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart. Ihre Doktorarbeit „Wann ist man integriert. Eine empirische Analyse zum Integrationsverständnis der Russlanddeutschen“ erschien als Buch. Autorin und Referentin zu Aussiedlerfragen, Journalistin beim SWR.

Paul Neufeld: Gründete 1993 das Neufeld Baustoff Center in Oedheim bei Heilbronn. Etwa 2.500 russlanddeutsche Familien haben seither in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz mit Unterstützung der Firma gebaut.

Stanislaw Ott: 2006 wurde der 23-Jährige Bundessieger der Handwerksjugend im Wettbewerbsberuf Dreher. Arbeitet bei Staudt-Hydraulik in Geilenkirchen-Niederheid, wo er auch seine Ausbildung absolviert hat.



Irina Braun und Stanislaw Ott.

BÜCHERANGEBOT

DER LANDSMANNSCHAFT DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND

HEIMATBÜCHER

- 1954, Krim, Wolga, Ukraine, Kaukasus u.a.
1955, Belowesch, Samara, städt. Deutschtum u.a.
1956, Odessa, Geschichte, Kultur u.a.
1957, Saporoshje, Großliebenthal u.a.
1958, Dnjepropetrowsk, Zentralrussland u.a.
1959, Sibirien, Mittelasien, Wolhynien u.a.
1960, Krim, großes Auswanderungsverzeichnis u.a.
1961, Kaukasus, Wirtschaft, Kultur u.a.
1962, Wolhynien, städtisches Deutschtum u.a.
1963, Russlanddeutsche in Übersee
1964, Sibirien, Wolga, Kirchen, Schulen u.a.
1965, Heutige Lage, Schrifttum, Volkstum
1966, Aussiedlung und die Vertreibung
1967/68, Hof und Haus, Kultur
(Preis, je HB 1954 bis 1968 - 8,- Euro + Versandkosten)
1969-72, Joseph Schnurr, "Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen", Katholischer Teil, 23,- Euro, Evangelischer Teil, 19,- Euro
1973-81, Hungersnot, Deportation u.a., 11,- Euro
1982-84, mit Karte der ASSR der Wolgadeutschen, 12,- Euro
1985-89, Geschichte, Literatur, Aktuelles, 10,- Euro
1990/91, Krieg und Frieden, Rückkehr, 10,- Euro
1992-94, Deportation, Ausreise, 284 S., 10,- Euro
1995/96, Heimat Deutschland, Trudarmee, 336 S., 10,- Euro
1997/98, Deportation, Jugenderinnerungen, 340 S., 10,- Euro
2000, I. Teil, Geschichte der Volksgruppe, Heimat 10,- Euro
2000, II. Teil, Geschichte der Volksgruppe, Heimat 10,- Euro
Heimatbuch 2001/02, 60 Jahre Vertreibung 10,- Euro
HEIMATBUCH 2003, 2004, 2005, 2006 Je 10,00 EURO

WEITERE LITERATUR

- Dr. K. Stumpp**, "Die Auswanderung aus Deutschland nach Rußland in den Jahren 1763-1862", 1020 S., 48,- Euro
Dr. K. Stumpp, "Die Rußlanddeutschen - 200 Jahre unterwegs", 185 Bilder, 15,- Euro
Bosch/Lingor, "Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer", 7,- Euro
G. Wolter, "Die Zone der totalen Ruhe" (deutsche und russische Ausgabe), je 17,90 Euro
V. Aul, "Das Manifest der Zarin". 7,- Euro
D. Weigum, "Damals auf der Krim", 6,- Euro
G. Hildebrandt, "Wieso lebst du noch? Ein Deutscher im Gulag", Taschenbuch, 6,- Euro
E. Imherr, "Verschollene Heimat an der Wolga", 10,- Euro
I. Walker, "Fatma" - eine historische Lebensgeschichte aus dem Kaukasus, 10,- Euro
J. und H. Kampen, "Heimat und Diaspora", Geschichte der Landsmannschaft, 8,- Euro
G. Prehn, "Otto Flath. Ein Bilder-Zyklus zum Neuen Testament", 24,80 Euro
G. Orthmann, "Otto Flath, Leben und Werk", 5,- Euro
W. Mangold, "Rußlanddeutsche Literatur", 7,- Euro
J. Warkentin, "Geschichte der rußlanddeutschen Literatur", 8,- Euro
N. Kossko, "Die geraubte Kindheit", 8,- Euro
N. Kossko, "Ukradennoje Detstwo", russisch, 8,- Euro
N. Kossko, "Am anderen Ende der Welt", 10,- Euro
N. Däs, "Alle Spuren sind verweht. Rußlanddeutsche Frauen in der Verbannung", 10,- Euro
N. Däs, "Der Schlittschuhclown", 8,- Euro
N. Däs, "Kochbuch der Deutschen aus Rußland", 10,- Euro
N. Däs, "Laßt die Jugend sprechen", 5,- Euro

- N. Däs**, "Rußlanddeutsche Pioniere im Urwald", 9,- Euro
N. Däs, "Wölfe und Sonnenblumen", 10,- Euro
R. Keil, "Rußland-Deutsche Autoren, 1964-1990". 7,- Euro
V. Heinz, "In der Sackgasse", 13,- Euro
V. Harsch, "Aus der Lebensbeichte meiner Mutter", 4,- Euro
M. Schumm, "Sketche und Kurzgeschichten", 3 Euro
W. Hermann, "Das fremde Land in dir", 7,- Euro
G. Steinmüller, "Perlen der russischen Volksmedizin", 6,- Euro
G. Schönfeld, "Grundlagen der Mathematik für Schüler" (deutsch/russisch), 10,- Euro
Alexander Fitz, "Puteschestwie na semlju", 5,- Euro
F. Dortmann, "Olga von der Wolga", Lieder im Volkston, 12,- Euro
O. Geilfuß, "Für alle Kinder", Kinderlieder, 5,- Euro
Liederbuch "Deutsche Volkslieder aus Russland, 10,-Euro
Kassette Nr. 1, "Bei uns, ihr Leit, ist Hochzeit heit", 7,- Euro
Kassette Nr. 2, "Ai, ai, was ist die Welt so schön", 7,- Euro
CD Nr. 1, "Bei uns, ihr Leit, ist Hochzeit heit", 10,- Euro
CD Nr. 2, "Ai, ai, was ist die Welt so schön", 10,- Euro

GEDICHTE

- A. Brettmann**, "Stimmen des Herzens", Gedichte, 10,- Euro
Deutsche Gedichte aus dem Kaukasus, 4,- Euro
E. Fotteler, "Das schimmernde Licht", Gedichte, 8,- Euro
J. Warkentin, "Rußlanddeutsche Berlin-Sonette", 5,- Euro
W. Mangold, "Rund um das Leben", Gedichte, 7,- Euro
R. Pflug, "Der Wind singt vom kommenden Tag," 10,20 Euro
K. Lubomirski, "Propyläen der Nacht", 10,- Euro
Nelly Wacker, "Es eilen die Tage", Gedichte, 7,- Euro

NEU

- N. Wagner**, "Ein Volk wird gejagt - die Russlanddeutschen", 8,50 Euro
E. Udsulaschwili, "Die deutschen Kolonisten in Georgien" (Elisabethtal - Asureti 1818-1941), 12,- Euro
Anton Bayr, "Vergessene Schicksale", 17,- Euro
"Frierende Hände - erfrorene Hoffnungen. Berichte deutscher Deportierter", 19,80 Euro
R. Nachtigal, "Die Dondeutschen 1830 bis 1930", 17,- Euro
W. Weber, "Scherben" - Gedichte, deutsche und russische Ausgabe, je 10,- Euro
W. Mangold, "Deutschland, hin und zurück", Gedichte, 8,90 Euro
H. Schlotthauer, "Ich bin ein Wolgadeutscher", 8,90 Euro
E. Krohmer, "Der Weg zum Steinbruch", 10,- Euro
G. Walter, "Lebendige Ahnen", 18,-Euro
D. Lomtev, "An der Quelle", Deutsche Musiker in Russland, 9,90 Euro
D. Lomtev, "Deutsches Musiktheater Russland", 10,50 Euro
D. Lomtev, "Geistliche Musikkultur der Deutschen in Russland", 8,- Euro

Richten Sie Ihre Bestellungen bitte an:

Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e.V.
Raitelsbergstr. 49
70188 Stuttgart

Telefon: 0711-1 66 59 22
Telefax: 0711-2 86 44 13
E-Mail: Lmdr-ev@t-online.de

Deutsche aus Russland gestern und heute

Volk auf dem Weg



Deutsche
aus
Russland -
angekommen
und
integriert!

